

Wir kommen zu den **Abstimmungen** über den **Einzelplan 12** in Verbindung mit dem **Einzelplan 20**, über die wir heute Mittag gemeinsam debattiert haben. Es liegen einige Änderungsanträge vor, die Sie als laufende Nummern 4 bis 13 in Ihren Unterlagen finden.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Sagel mit der laufenden Nummer 4 **Drucksache 14/5707**. Wer ist für diesen Antrag? – Der Kollege Sagel. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU, SPD und FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 5 **Drucksache 14/5689**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das sind die SPD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion mit der laufenden Nummer 6 **Drucksache 14/5652**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD-Fraktion. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP und der fraktionslose Kollege Sagel. – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** des fraktionslosen Kollege Sagel mit der laufenden Nummer 7 **Drucksache 14/5708**. Wer ist für diesen Antrag? – Der fraktionslose Kollege Sagel. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU, SPD und FDP. – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion mit der laufenden Nummer 8 **Drucksache 14/5653**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD-Fraktion. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP und der fraktionslose Kollege Sagel. – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 9 **Drucksache 14/5690**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. – Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion und der fraktionslose

Kollege Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion mit der laufenden Nummer 10 **Drucksache 14/5654**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD-Fraktion und der fraktionslose Kollege Sagel. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion mit der laufenden Nummer 11 **Drucksache 14/5655**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD-Fraktion. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP und der fraktionslose Kollege Sagel. – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion mit der laufenden Nummer 12 **Drucksache 14/5656**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD-Fraktion und der fraktionslose Kollege Sagel. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den letzten **Änderungsantrag** zum Einzelplan 12 der SPD-Fraktion mit der laufenden Nummer 13 **Drucksache 14/5657**. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD-Fraktion und der fraktionslose Kollege Sagel. – Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 12** in Verbindung mit dem **Einzelplan 20**. Wer ist für die Annahme der **Beschlussempfehlungen Drucksache 14/5512 und 14/5520**? Das sind CDU und FDP. – Wer ist dagegen? Das sind SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Damit ist der Einzelplan in zweiter Lesung **beschlossen**.

Ich rufe den Einzelplan 11 auf:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Ich eröffne die Beratung über den **Teilbereich „Arbeit und berufliche Weiterbildung“**.

(Unruhe)

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5511 sowie auf die Änderungsanträge der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nummern 30 bis 33 der Tischvorlage hin.

Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzter von der SPD-Fraktion.

(Anhaltende Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den Saal in Ruhe zu verlassen und nicht laut miteinander zu sprechen, damit sich der Kollege am Pult, ohne schreien zu müssen, verständlich machen kann. – Herr Kollege Schmelzter, Sie haben das Wort.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die gute Konjunktur hat auch Nordrhein-Westfalen erreicht. Das ist insbesondere deshalb gut so, weil sie auch dank der Maßnahmen der Agenda 2010 den Arbeitsmarkt erreicht hat. Das ist ein Verdienst der florierenden Wirtschaft und der von Gerhard Schröder initiierten Reformen.

(Lachen von der CDU)

Es ist auch ein Verdienst der Bundespolitik, zum Beispiel durch die Programme für ältere Arbeitslose oder auch das CO₂-Minderungsprogramm der Bundesregierung, das insbesondere das heimische Handwerk erreicht hat. Das sage ich schon jetzt, weil sicher gleich wieder von der Koalition die Erfolge als großer Meilenstein der Koalition der Ernüchterung abgefeiert werden. Dazu haben Sie definitiv nichts getan.

Dass Sie aber Steuererhöhungen nicht zur weiteren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen, Herr Minister Laumann, ist Ihnen sehr wohl zuzurechnen. Sie wissen selber nur zu gut, dass der Verweis auf die relativ gute Arbeitslosenquote nicht Ihr Verdienst ist und nicht auf irgendwelche Maßnahmen zurückzuführen ist, die das Copyright Laumann verdienen würden. Sie sind der Nutznießer der guten Konjunktur und der Arbeitsmarktreformen des Bundes.

Sie sind nach wie vor der EU-Finanzmittelverteilminister, doch Sie verteilen, was nachvollziehbar ist, immer weniger. Bei jeder Gelegenheit – passend oder auch nicht – verweisen Sie darauf, dass Sie weniger EU-Mittel zugewiesen bekommen. Das bestätigt meinen Vorwurf vom letzten Jahr, sich ausschließlich auf ESF-Finanzierungen zu konzentrieren und klassische landespolitische Arbeitsmarktpolitik mit eigenem Geld vermissen zu lassen. Diese Passivlinie haben Sie nicht geändert. Sie stellen sich in der Haushaltspolitik schützend an die Seite des Finanzministers und wenden Langzeitarbeitslosen den Rücken zu.

Ich höre ihn gleich schon wieder, den Redebaustein mit der übernommenen Verschuldung. Aber halten Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, den Spiegel vor die Augen: Nie hat es eine so hohe Neuverschuldung im Land gegeben wie in Ihrer kurzen Regierungszeit, und das trotz höherer Steuermehreinnahmen.

(Beifall von der SPD)

Was Sie nach wie vor beherrschen, ist die Schlacht um die Überschriften. Wir hören es noch alle: längere Bezugszeiträume für ALG-I-Empfänger, Rüttgers und Laumann – das soziale Gewissen in der Union, Gerechtigkeit, kostenneutral. Und was ist daraus geworden?

Das Erste, was die Bundeskanzlerin im Koalitionsausschuss zurückgezogen hat, war der „Rüttgers spart bei den jungen Familien“-Vorschlag. Die Jungen hätten die Zeche für die Älteren bezahlen sollen – eine krude Vorstellung von Gerechtigkeit. Wir waren alle gespannt auf Ihre Rechnung, die Sie Bundesarbeitsminister Muntefering vorlegen wollten. Erst als Ihre Berliner Kollegen schon einen Rückzieher gemacht hatten, kamen Sie mit einer Rechnung.

Nach einer von der Bundesagentur vorgelegten Expertise stellte sich heraus, dass Ihr Rechenstempel falsch war – wegen Mehrkosten, vor allem wegen einer ungeheuren Bürokratie, die nötig gewesen wäre, und weil viele Daten aus den Arbeitsbiografien nicht vorliegen. Einen solchen Vorschlag zu machen trauen selbst wir uns als Opposition nicht.

Ich sage Ihnen: Sie können Kampagnen nach wie vor noch so gut organisieren – am Ende wird die Wahrheit bei den Menschen ankommen, ja sogar bei der Kanzlerin, sonst hätte sie Ihr Modell offiziell als nicht diskutabel in der Diskussionsrunde zurückgezogen. Die Wahrheit ist und bleibt, dass Laumann und Rüttgers nicht für soziale Gerechtigkeit stehen, sondern nach wie vor für Täuschung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

So versuchen Sie mit der Argumentation der gekürzten ESF-Mittel auch immer wieder Ihre Untätigkeit zu begründen und unter anderem die Kommunen als diejenigen darzustellen, die die Suppe auslöffeln müssen.

Das Thema Kofinanzierung halten wir Ihnen auch in diesem Jahr vor. Sie unterstellen, dass unter anderen Kommunen die notwendige Kofinanzierung aufbringen müssen. Wie soll das in den Kommunen funktionieren, die aufgrund ihrer Haushaltssituation das nicht können, ja teilweise sogar nicht dürfen? Im Übrigen verschärft sich ih-

re Situation durch die Haushaltspolitik der derzeitigen Landesregierung, die den Kommunen massiv ins Stadtsäckel gegriffen hat.

Arbeitsmarktprogramme, insbesondere für Langzeitarbeitslose, können diese Kommunen nicht gegenfinanzieren. Das ignorieren sie. Handelt es sich doch im Wesentlichen um die Kommunen, die gerade bei der Arbeitslosigkeit ganz vorne stehen – wohlgemerkt: ganz vorne, was die Höhe der Arbeitslosigkeit betrifft.

Der Einsatz von ESF-Mitteln ist richtig und wichtig; daran üben wir keine Kritik. Unsere Kritik richtet sich daran, dass Sie keine Programme unabhängig von ESF-Mitteln auf den Weg gebracht haben und nicht bringen wollen, dass Sie keinen müden Cent eigener Ideen einbringen, dass Sie dort, wo Kofinanzierung nötig, aber nicht möglich ist, nicht als Land agieren.

In der Haushaltseinbringung haben Sie dem Ausschuss gegenüber dargelegt, dass Sie keine Einzelprojekte mehr fördern wollen, sondern vielmehr Programmlinien. Spätestens im Rahmen der Diskussion um die Verbundausbildung ist sehr deutlich geworden, dass in Ihren Programmlinien die haushaltstechnisch nicht festgelegten, unscharfen EU-Gelder sehr flexibel einsetzbar sind. Das sind keine Programmlinien, sondern das ist ein finanzieller Programm-Gulasch.

Da kommt alles rein, was man hat, und dann wird mit dem Schöpflöffel verteilt, den Sie, Herr Minister, in der Hand halten. Und Sie entscheiden, wie groß die Portionen sind – und das bei jeder Mahlzeit –, ob ausgiebig geschlemmt werden darf oder Diät verordnet wird. Guten Appetit bei dieser Politik!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Flexibilität kann gut sein – aber nur dann, wenn das Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dabei nicht aus den Augen verloren geht. Da Sie nicht genau zuordnen können oder wollen, wie Sie die ESF-Mittel gezielt einsetzen wollen oder können, ist es umso unverständlicher, dass Sie Förderprogramme streichen.

Noch im Sommer 2006 forderten Sie dazu auf, Projekte für Arbeitslose zu initiieren, um ESF-Mittel zu binden. Sie wollten ja nichts zurückzahlen und lassen dann die vielen guten Projekte, die Sie selbst eingefordert haben, über die Klinge springen. Die Teller blieben leer.

Richtig Kohldampf schieben in diesem Land jetzt die Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen. Sie leisten in diesem Land für Arbeitslose hervorragende Arbeit mit Unterstützung aus ESF-Mitteln – zumindest bisher –, und das gerade nicht nur für

Bezieher aus dem SGB-II-Bereich. Für sie bieten diese Anlaufstellen Beratung und Hilfe aller Art. Und weil die Fragen und Sorgen der Menschen nicht ausschließlich mit dem SGB II zu tun haben, sind es auch nicht die Argen, die Sie immer verpflichten wollen. Es sind auch nicht immer Menschen, die Leistungen aus dem SGB III bekommen. Deshalb kann auch nicht die Bundesagentur Ihre Suppe auslöffeln. Das Land muss selbst den Löffel in die Hand nehmen. Das ist eine Arbeit, die Sie zu großen Teilen mit Ihrer 100-%-Kürzung ab Oktober 2008 bei den Arbeitslosenzentren zerstören.

(Beifall von der SPD)

Die Argen und Optionskommunen können einen Teil der Beratung leisten, aber der weitaus größere Teil der Menschen, die in die Beratungsstellen kommen, bleibt dabei auf der Strecke. Ihre Mär, die Argen könnten dies organisieren, ist bereits durch eine sehr detaillierte Stellungnahme der Regionaldirektion widerlegt worden.

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag hierzu in den Landtag eingebracht. Eine Anhörung wird Anfang des Jahres folgen. Ich bin gespannt, ob Sie die wahren Inhalte und Argumente zur Fortführung der Beratungs- und Arbeitslosenzentren aufnehmen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Hinweis an die Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen. Es ist schon verwunderlich, dass Sie ins Land tragen, dass sich die SPD nicht für den Erhalt der Arbeitslosenzentren einsetzt, weil wir in den Haushaltsberatungen Ihren Anträgen nicht zugestimmt hätten. Ein Verschieben von links nach rechts mit dem hehren Wunsch, so die Arbeitslosenzentren mitzufinanzieren, ehrt Sie, ändert aber nichts an den Fakten. Wir haben uns deshalb im Ausschuss enthalten. Dass wir alles erdenklich Mögliche parlamentarisch unternehmen werden, um die Finanzierung zu sichern, haben wir mit unserer Antragstellung und der folgenden Anhörung zum Ausdruck gebracht. Wir wollen gemeinsam das Gleiche, Frau Kollegin Steffens. Lassen Sie uns dann auch in der Sache gemeinsam weiterkämpfen.

Nach wie vor sind 50.000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. In diesem Jahr gab es in der Tat mehr Ausbildungsplätze, und jedem, der einen neuen zusätzlichen Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt hat, gilt unser aller Dank.

Ich habe auch mit großer Freude festgestellt, dass in Bezug auf Ausbildung Anträge der SPD-Fraktion auch auf Zustimmung des Ministers stoßen können. Dass die Verbundausbildung gemäß unserem Antrag wieder ausgeweitet wurde und

somit auch die Verbundausbildung mit externen Weiterbildungsträgern möglich ist, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Im östlichen Revier liegt mir bereits die Kooperationsbereitschaft der IHK und der BA aus Dortmund zur Weiterführung eines Projektes vor. Wir werden davon ausgehen, dass die kompletten Programme auch im Land weitergetragen werden.

Aber damit alleine werden wir das Problem der Ausbildungsplätze nicht lösen können. Nach der Initiative der am Ausbildungskonsens Beteiligten im Jahre 2006 wurde das Sonderprogramm Ausbildung aufgelegt. Bei der Einbringung des Haushalts im Ausschuss verwies Minister Laumann allerdings darauf, dass eine Wiederholung im Jahre 2008 nicht erfolgen würde. Vielmehr war es den Medien zu entnehmen, dass er dafür plädierte, 200 Millionen € aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit in Ausbildung zu investieren. Wir danken Ihnen recht herzlich für diesen Vorschlag. Dies ist eine Wiederholung dessen, was wir bereits in den letzten Jahren gemeinsam mit dem DGB als Vorschlag unterbreitet haben.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Herr Minister, zu Ihrem Ansatz beruflicher Bildungsstätten: Gerade diese beruflichen Bildungsstätten stellen einen wesentlichen Teil des Bereichs der Berufsausbildung dar. Hier darf nicht ausfinanziert, sondern hier muss weiter investiert werden. Der von Ihnen dargelegte Ansatz ist geradezu bedrohlich. Ersatzinvestitionen für defekte bzw. veraltete Maschinen und nicht zuletzt aufgrund neuer Ausbildungsordnungen erforderliche Ergänzungsinvestitionen in neue Techniken stehen an.

Mit gutem Grund hat der Westdeutsche Handwerkskammertag diese Kürzungen massiv kritisiert. Der Hinweis, dass, wenn mehr Anträge als Mittel zur Verfügung stünden, diese geschoben würden, zeichnet nicht wirklich Ihre Glaubwürdigkeit in Bezug auf die Ausbildungsmisere aus. Ich glaube, der Weg zur Aufklärung ist nicht weit. Reden Sie doch einmal mit dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses.

Ein letzter Wunsch vor Weihnachten, Herr Minister: Springen Sie über Ihren Schatten und an unsere Seite. Zeigen Sie Ihr wahres Gesicht. Klären Sie Ihren Ministerpräsidenten über Tarifautonomie auf, damit er nicht wieder die immensen Managergehälter im Zusammenhang mit der Tarifautonomie verteidigt. Helfen Sie uns in den kommenden Monaten, wenn es darum gehen wird, Branche für Branche in das Entsendegesetz aufzunehmen. Ihr heutiger WDR-2-Auftritt war ein ers-

ter guter Schritt. Mindestlöhne sind mehr als eine ökonomische Ziffer; sie sind ein Gebot menschlicher Würde. Die PINs und die Thumanns mögen noch so kräftig mit Horrorszenarien aufwarten. Wir wissen, Mindestlöhne sind notwendig, denn die Menschen müssen von ihrer Hände Arbeit leben können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schmelzer. – Ich habe auch einen vorweihnachtlichen Wunsch: die Redezeit künftig etwas genauer einzuhalten, weil wir bereits eine Stunde und 15 Minuten in Verzug sind. Ich sage das nur, damit wir das im Blick haben. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Post jetzt das Wort.

Norbert Post (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmelzer, zunächst einmal etwas zur Nettoneuverschuldung: Wenn wir über den Daumen gepeilt mit 5 Milliarden € Zinsen jährlich anfangen müssen, dann sind jetzige Nettoneuverschuldungen von knapp 2 Milliarden € sicherlich dazu in einer Relation zu sehen. Selbst das müssten Sie rechnen können. Das vorab.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmelzer [SPD]: Dann müssen Sie nicht solche Versprechungen im Wahlkampf machen!)

Der Einzelplan 11 umfasst 3 Milliarden €. Das ist eine Reduzierung gegenüber dem vorigen Jahr. Das ist richtig. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Meine Damen und Herren, welchem Politiker fallen nicht, wenn er in der Opposition ist, sofort viele, nein, sehr viele schöne, wünschenswerte oder als nötig erklärte Maßnahmen auch in diesem Haushalt der Arbeitsmarktpolitik ein? Auf welcher Grundlage stehen wir aber? Ja, die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist zurückgegangen. Sie ist stetig zurückgegangen. Wir haben den niedrigsten Stand seit sechs Jahren, und diese Tendenz geht weiter.

Die Konjunktur fördert Arbeitsplätze. Das ist richtig. Das sagt auch die Regionalagentur. Die CDU hat diesen Fortgang unterstützt mit der Wirtschaftspolitik, aber auch mit einer Sparpolitik, die anders als bei Ihnen eine Ausgabe nach „Prinz-Karneval-Manier“ nicht mehr zulässt.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen derzeit noch 782.000 Menschen ohne Arbeit. Das ist viel zu

viel – daran gibt es nichts zu deuteln –, aber das sind immerhin 135.000 Menschen weniger als im Vorjahr.

Wichtiger aber ist der Anstieg der Zahl sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um etwa 126.000 Menschen. Ältere und Jüngere profitieren davon. Bei den Älteren sank die Zahl der Arbeitslosen um etwa 16 %, bei den Jüngeren um etwa 18 %. Wenn Sie vor drei Jahren diese Zahlen – ob verdient oder unverdient – hätten nennen dürfen, liebe Kritiker von der Opposition, wären Sie mit Jubelrufen hinter Herrn Schartau hergelaufen, hätten ihn durch dieses Hohe Haus getragen und zum Ehrenbürger der Stadt Düsseldorf ernannt.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei dem wäre das auch leichter gewesen als bei Herrn Laumann!)

Übrigens können Sie das heute nachholen, indem Sie Herrn Minister Laumann zujubeln oder wenigstens ihn und die CDU bei der Förderung des Arbeitsmarktes durch kluge zielgerichtete Politik unterstützen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Aber hallo!)

– Genau. Das können Sie tun. Dann tun Sie etwas für die Arbeitslosen, aber nicht damit, indem Sie an kleinen Maßnahmen herummeckern,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: An kleinen Dingen?)

die Sie mit der Gießkanne mehrere Jahre über das Land verteilt gefördert haben, die nichts gebracht haben und dass Sie heute immer noch darüber weinen, dass die weg sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann schauen Sie sich doch Ihre EU-Kanne an!)

So geht es nicht weiter, meine Damen und Herren. Davon können wir Ihnen schon ein Lied singen.

Die nominale Absenkung von 151 Millionen € in dem Haushalt des Ministeriums ist auf einen geringeren Bedarf im gesetzlichen Bereich zurückzuführen. Sie wissen ganz genau, dass es da um eine Ansatzminderung beim Wohngeld um 40 Millionen € geht. Sie wissen ganz genau, dass 86,5 % unseres Haushalts, also etwa 2,6 Milliarden €, durch Gesetz festgelegt sind. Das heißt, wir haben nur 13,5 % Mittel frei – „frei“ ist hier auch noch relativ – für Ausgaben.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das war schon immer so!)

Ich komme nun zu den konkreten Sachverhalten in diesem Haushalt: Wir werden 2008 Neubewilligungen in Höhe von 135 Millionen € haben. Das ist die Ausfinanzierung der letzten Förderphase. Das sind nur 50 % der Mittel, und das wird auch so weitergehen. Das ist der neuen Förderphase geschuldet.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

In der Arbeitsmarktpolitik kann daher nicht mehr jedes einzelne Projekt – sei es gewünscht oder wünschenswert – gefördert werden, sondern wir müssen große Linien verfolgen. Das geschieht auch mit diesem Haushalt. Wir werden uns weiterhin auf klare Programmstrukturen konzentrieren. Wir müssen bei uns herausnehmen, wo andere, nämlich SGB II-, SGB III- oder auch SGB XII- oder SGB IX-Träger – Herr Schmeltzer, die haben Sie in Ihrer Aufzählung vergessen –,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wollte ich Ihnen als Bonbon lassen!)

handeln können. Es kann nicht sein, dass sich alle in demselben Bereich tummeln und 80, 90 projektähnliche Maßnahmen laufen, die kein Mensch mehr vergleichen kann und die vor allen Dingen nicht zielgerichtet im Land angesetzt werden können.

Die Stützung der Beschäftigungsfähigkeit wird allerdings von uns ganz zielgerichtet fortgesetzt, denn darauf ist ein besonderes Augenmerk zu legen. Wir haben Potenzial- und Arbeitszeitberatung. Wir werden hierfür 7 Millionen € zur Verfügung stellen. Die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen, dass es ganz besonders notwendig und sinnvoll ist, in dem Bereich zu investieren.

Wir müssen sehen, dass wir NRW, unseren Standort, so aufstellen, dass hier solche Arbeitsplätze geschaffen werden, die in unser Rohprodukt investieren. Unser einziges Rohprodukt bleibt unser Know-how, meine Damen und Herren. Das geht nicht mit der Gießkanne, sondern das geht nur mit zielgerichteten Projekten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagen Sie einmal den Arbeitslosenzentren!)

Übrigens habe ich hier – das möchte ich ausdrücklich tun – ein Dankeschön an die TBS des DGB zu richten. Denn sie hat im vorigen Jahr Firmen in schwieriger Zeit beraten und dabei eine ganz hervorragende Arbeit geleistet. Ich durfte mir das an einigen Beispielen anschauen. À la bonne heure! Das ist eine vernünftige Sache, die nicht nur der Firma, sondern auch den Beschäftigten und dem Personal- bzw. Betriebsrat zugute kommt. Danke dafür!

Die Debatte allerdings, nicht billiger, sondern besser als andere zu sein, denn nur so können wir den hohen Lebensstandard, den wir haben, halten, müssen wir weiter führen. Die muss in dieser hoch technisierten Wirtschaft geführt werden.

Bei der Aus- und Weiterbildung werden wir besonders aktiv bleiben. Werkstattjahr, „Jugend in Arbeit plus“, überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, Sonderprogramm Ausbildung – all das werden wir im Jahr 2008 weiterführen. Der Bildungschek läuft weiter. Den anerkannten Trägern der Weiterbildung wurden für 2007 bis 2010 jährlich 6 Millionen € ESF-Mittel für Vorhaben im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen und arbeitsmarktorientierten Programme des MAGS reserviert. Außerdem können diese Einrichtungen ab 2007 bis 2010 jährlich 6 Millionen € für zusätzliche Maßnahmen bekommen.

Ein Teil der Weiterbildung allerdings ist, wie Sie auch wissen – deshalb reduziert sich der Unterschied ja noch einmal –, auch in den Bereich Schule gewandert. Darüber haben wir jetzt nicht mehr zu befinden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schlimm genug!)

Das mag der sauberen Rechnung angedient sein.

Der Bildungschek ist eine hervorragende Sache. Der hat sich mit 60.000 Teilnehmern im vergangenen Jahr bewährt. Dahinter steckt ebenfalls ein Ansatz.

Natürlich enthält der Haushalt auch weiterhin die Förderung innovativer Einzelprojekte, aber nur in geringem Maße, damit Innovation nicht verlorengeht und Dinge auch schon einmal ausprobiert werden können.

Schwerpunkte setzen wir bei Langzeitarbeitslosen, bei Menschen mit Migrationshintergrund und bei Menschen mit Behinderungen. Dazu werden wir auch noch entsprechende Anträge nachliefern. Hier ist der Bereich zu fördern, der weder vom SGB II noch vom SGB IX gepackt wird, sondern bei dem wir nacharbeiten müssen, weil die Leute sonst durchs Rost fallen. Dafür werden wir auch noch Hilfe anbieten. Wir werden dafür einige Millionen Euro vorsehen müssen, damit diese Menschen wertbetont ihren eigenen Lebenssinn und ihre eigene Lebensorganisation in die Hand nehmen können. Wann, das werden Sie früh genug erleben.

Aber eines sei dazu noch gesagt.

(Zuruf von der SPD)

– Wenn Sie dazwischenrufen, dann tun Sie das doch deutlich, damit man das hier auch verstehen kann. Sonst bringt das nichts.

Eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik dient dem Arbeitnehmer von heute, aber auch dem Arbeitnehmer von morgen. Wir dürfen nicht heute etwas verpulvern, was kommende Generationen bezahlen müssen. Das wäre falsch. Das können wir nicht mitmachen. Das werden wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen. Förderung geht nicht mehr mit der Gießkanne, sondern erfolgt nur noch gezielt. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Post. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab etwas Neues bei der SPD-Fraktion. Das Thema Mindestlohn kam nicht wie sonst immer am Anfang der Rede von Herrn Schmeltzer, sondern diesmal am Ende. Vielleicht ist das schon ein Zeichen dafür, dass es mit dieser Forderung langsam ein Ende hat, wo es erste konkrete Anzeichen gibt, was der Mindestlohn für den Arbeitsmarkt bedeutet. Der gesetzliche Mindestlohn von 7,50 €, den die SPD will, würde in NRW 200.000 Arbeitsplätze kosten.

(Lachen von Rainer Schmeltzer [SPD])

– Da lachen Sie. Wer Arbeitnehmerinteressen ernst nimmt, kämpft gegen den Mindestlohn. Wir werden das weiter tun.

Herr Kollege Schmeltzer, die Neuverschuldung steigt nicht. Die Verschuldung steigt. Das ist weiter traurig. Dass sich das ändert, bleibt unser ehrgeiziges Ziel. Aber mit 1,77 Milliarden € haben wir den niedrigsten Stand seit 30 Jahren erreicht. Daran können Sie deuteln, was Sie wollen.

Die Arbeitslosigkeit ist auf Talfahrt. „Sechsjahrestief“ – so überschrieb die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit letzte Woche ihre Pressemitteilung zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist im November auf 782.140 gesunken und war damit um genau 135.560 niedriger als im Vorjahr. Das sind 14,8 % weniger im Vergleich zum Vorjahr.

Jetzt haben wir von der SPD wieder gehört, das sei alles nur das Verdienst von Herrn Schröder und der Agenda 2010.

(Ralf Witzel [FDP]: Lächerlich!)

Deshalb wunderte mich die Diskussion der letzten Wochen, wo ja die SPD Abstand von der Agenda 2010 genommen hat. Wenn sie wirklich so gut ist, dann sollten Sie uns das noch einmal erklären.

Hauptfaktor ist für mich immer noch das Wachstum der Weltwirtschaft. Das ist ein Faktor, der größten Einfluss hat.

Die Mittelstandsfreundlichkeit hat sich unter der schwarz-gelben Landesregierung gegenüber den rot-grünen Zeiten deutlich erhöht.

(Beifall von der FDP)

Das merkt mittlerweile auch der Mittelstand, der die Arbeitsplätze schafft. Im Bundesranking liegen wir beim Wachstum nicht mehr an letzter Stelle oder auf dem vorletzten Platz wie unter Rot-Grün. Wir liegen jetzt über dem Bundesdurchschnitt. An diesen Beispielen zeigt sich: NRW hat sich verbessert. Das wirkt sich natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt aus.

Die Regionaldirektion meldet weiter, dass vor allem ältere Arbeitslose sehr viel leichter einen Arbeitsplatz finden konnten. Bei den über 50-Jährigen sei die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 18,5 % zurückgegangen, bei den 55-Jährigen sogar um 24 %. Das klingt erfreulich und deutet darauf hin, dass die Betriebe, offenbar aufgeschreckt durch den drohenden Fachkräftemangel, ihre Vorurteile gegenüber älteren Arbeitskräften erfolgreich hinterfragt haben. Es gibt jedoch keinen Grund, zu glauben, dass wir über den Berg sind.

Finanzpolitisch haben wir es allerdings zugleich mit einigen grundlegenden Änderungen zu tun. Bekanntlich muss sich die Arbeitsmarktpolitik in NRW auf eine erhebliche Mittelkürzung bei der Strukturfondsförderung der EU einstellen. Auch deshalb wurde eine konzeptionelle Umsteuerung unumgänglich, die weg von der Vielzahl von unüberschaubaren Einzelprojekten hin zu echten Schwerpunkten führt. Das sind die Bereiche, in denen der größte Handlungsbedarf besteht und eine Förderung durch das Land in Ermangelung anderer Finanzmöglichkeiten sinnvoll ist.

Alle Maßnahmen sind Bestandteile eines Gesamtkonzepts, das nicht auf kurzfristige Effekte zielt, sondern perspektivisch angelegt ist. Bei den besagten Schwerpunkten der Arbeitsmarktpolitik handelt es sich um Jugend- und Berufsausbildung, Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und besondere Zielgruppen. Das wichtigste Ziel besteht darin, die Arbeitslosigkeit schon im Vorfeld zu verhindern.

An dieser Stelle will ich ausdrücklich erwähnen, dass wir uns in NRW über eine positive Trendwende bei den Ausbildungsplätzen freuen dürfen. Ende September wurden – und zwar bei allen Kammern – über 10.000 zusätzliche Ausbildungsverträge abgeschlossen. Für die gemeinsamen Anstrengungen möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken.

(Beifall von der FDP)

Trotzdem reicht das, auch wenn die Entwicklung ermutigend ist, immer noch nicht aus. Besondere Sorgen bereitet uns die Gruppe der Jugendlichen, die in den sogenannten Warteschleifen stecken und keinen regulären Arbeitsplatz finden. Ihr Risiko, später zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen zu gehören, ist leider besonders hoch. Daher wurde im Jahr 2006 für genau diese Zielgruppe das Sonderprogramm Ausbildung ins Leben gerufen, das bis in das Jahr 2008 fortgeführt wird.

Für das Werkstattjahr werden im kommenden Jahr 28,4 Millionen € verfügbar sein. Dieses Instrument hat sich bewährt und zielt auf die Gruppe der Jugendlichen, die sonst keine Chance auf einen Zugang zum Ausbildungs- beziehungsweise zum Arbeitsmarkt allgemein erhalten.

Auch für BUS werden weiter Mittel in Höhe von 5 Millionen € bereitgestellt.

Zu nennen ist darüber hinaus das Programm „Jugend in Arbeit plus“, das mit 18 Millionen € angemessen ausgestattet wurde. Daran können Sie ablesen, dass es der Landesregierung mit der Integration dieser jungen Menschen in das Berufsleben sehr ernst ist.

Eine gleichfalls zielorientierte Maßnahme – Herr Kollege Post hat schon darauf hingewiesen – ist die Potenzialberatung, die seitens der Landesregierung vor allem für die kleinen und mittleren Betriebe angeboten wird. Dieses Instrument trägt dazu bei, dass Arbeitsplätze durch angemessene Modernisierungsschritte erhalten oder dass im Idealfall sogar zusätzliche geschaffen werden können. Der Haushaltsansatz für 2008 wird 7 Millionen € betragen – eine Summe, die sicher gut angelegt ist.

Das gilt auch für ein weiteres Projekt zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit, nämlich für den Bildungsscheck 2008. Uns stehen für diese Maßnahme 15 Millionen € zur Verfügung. Der Bildungsscheck ist wirklich ein Highlight der nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktpolitik geworden. Seit 2006 wurden etwa 100.000 Schecks eingelöst. Es ist wichtig, gerade kleinere Betriebe dafür zu sensibilisieren, dass das Know-how ihrer Mit-

arbeiter ein wesentliches Qualitätsmerkmal ihrer Arbeit und somit ihrer Wettbewerbsfähigkeit ist.

(Beifall von der FDP)

Die Fortbildung ist vor allem aufgrund der fortschreitenden technischen Entwicklung unverzichtbar. Auch die wachsende Bedeutung älterer Belegschaften macht das lebenslange Lernen zu einer zentralen Aufgabe. Der Bildungsscheck ist ein probates Mittel, um diesem Bedarf gerecht zu werden.

Hinzuweisen ist auch auf das Engagement der Landesregierung bei dem Thema „Ausbildung für behinderte Menschen“. So wird die Aktion „100 zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche und junge Erwachsene“, die das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit ins Leben gerufen hat, auch in diesem Jahr fortgesetzt. Aus Landesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds werden rund 1,7 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Mit sozialer Sensibilität haben wir die Arbeitsmarktpolitik in NRW neu strukturiert. Selbst die SPD erkennt das an, denn sie hat zur Arbeitsmarktpolitik keine Anträge gestellt. Das ist Anerkennung genug, und das ist ein Zeichen, dass auch sie jetzt unsere Arbeit schätzen lernt. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wovon träumen Sie eigentlich nachts?)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für Bündnis 90/Die Grünen erhält Frau Steffens das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Romberg, wenn Sie hier Ihre Rede mit dem Thema Mindestlohn beginnen, erweckt das bei mir aber keine Hoffnung, dass der Mindestlohn bei ihnen deswegen einen höheren Stellenwert hat.

Wenn ich mir allerdings die Zeitungen von heute anschau und lese „Sozialhilfe für immer mehr Erwerbstätige – über 340.000 Vollbeschäftigte auf zusätzliches Arbeitslosengeld angewiesen“ und sehe, dass die Zahl derjenigen, die ergänzend SGB-II-Leistungen brauchen, jetzt auf 1,3 Millionen geschätzt wird – wobei es in NRW im Juni 2007 mindestens 235.000 waren –, ist es, wie ich finde, ein Muss, dass man sich nicht nur Gedanken darüber macht, sondern dass man auch Konsequenzen daraus zieht und einen Mindestlohn

einführt, damit Menschen, die in Vollzeit arbeiten, von diesem Gehalt auch leben können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie meinen, es sei menschenwürdig, einen Vollzeitjob zu machen und dabei nicht einmal mehr seine eigene Existenz sichern zu können, weiß ich nicht, mit welchem Menschenbild Sie Politik machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was den Haushalt betrifft, so muss ich sagen – im Haushalt spielt der Mindestlohn weder direkt noch indirekt eine Rolle –, dass ich nach wie vor darüber enttäuscht bin und es auch nicht verstehen kann, dass gerade die ESF-Mittel – das ist der einzige Bereich, in dem noch Landesmittel vorhanden sind, um Arbeitsmarktpolitik zu machen –, so umfunktioniert und umgewidmet worden sind, dass bestimmte Personengruppen herausfallen, die die Hilfe des Landes am dringendsten brauchen: Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte. Die Menschen, die zum Teil Hilfe zur Selbsthilfe brauchen und sie über die Arbeitslosenzentren bisher auch erhalten haben, bekommen in Nordrhein-Westfalen in Zukunft keinerlei Unterstützung mehr, die von Landesmitteln mit aufgebaut und initiiert wird. Vielmehr stellen Sie als Minister sich hierhin und sagen: Die Arbeitslosenzentren können und wollen wir nicht weiter finanzieren, denn es gibt andere Strukturen. Herr Minister, Sie machen sich nach wie vor etwas vor, wenn Sie meinen, dass diese Menschen die Hilfe, die sie brauchen, woanders bekommen würden.

Wir haben das in der Anhörung zu dem Thema „Psychiatrie und psychiatrische Versorgung in Nordrhein-Westfalen“ gehört. Menschen mit Psychosen – Psychiatrieerfahrene – haben gesagt: Wir brauchen ganz niedrigschwellige Angebote, damit sich unsere Probleme in der Arbeitslosigkeit nicht weiter verfestigen und potenzieren. Wir brauchen Arbeitslosenzentren, solche Strukturen sind für uns notwendig. – Da können Sie nicht hingehen und sagen: Die Leute bekommen die Hilfe in der Arge. Sie wissen, wie die Strukturen sind, und Sie wissen auch, wie die Strukturen im nächsten, im übernächsten und im überübernächsten Jahr sein werden. Die werden das nicht ersetzen, was Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen als Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Deswegen brauchen wir diese Strukturen weiterhin.

Ich sage an die Adresse der SPD: Ich weiß ja, dass Sie eigentlich die Arbeitslosenzentren genau wie wir erhalten wollen. Ich verstehe nur nicht, warum Sie dann nicht sagen, wie Sie das finan-

zieren wollen. In unserem Antrag dazu sagen wir nicht: Da muss zusätzliches Landesgeld eingesetzt werden. Sondern wir sagen: Die vorhandenen ESF-Mittel können umverteilt und umgeschichtet werden.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Man muss nur die Prioritäten anders setzen, als der Minister sie setzt. Dazu müssen Sie doch in der Lage sein. Denn es ist ein Witz zu sagen: Wir wollen sie erhalten, aber Geld dafür stellen wir nicht zur Verfügung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es ist doch da!)

Das funktioniert nicht.

(Zuruf von der SPD: Die sind gegenseitig deckungsfähig!)

Das war die Botschaft, die zu uns herübergekommen ist, weil Sie unserem Antrag, der kostenneutral war, im Ausschuss nicht zugestimmt, sondern sich an der Stelle enthalten haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Weil es machbar ist!)

Wir möchten aber nicht nur diesen Bereich, sondern außer den Arbeitslosenzentren auch die schon öfters an dieser Stelle thematisierten Angebote für Frauen, die nach einer Erziehungsphase wieder in den Beruf zurückkehren wollen, weiter haben. Sie finden derzeit nicht in dem Maße und nicht in dem Umfang statt, wie wir sie brauchen und wie die Nachfrage danach ist. Sie finden auch nicht auf dem Niveau statt, wie wir es brauchen.

Wenn ich an die Vergangenheit erinnern darf – weil Sie ja heute den ganzen Tag immer wieder von der Vergangenheit reden –: Das Wiedereingliederungsprogramm Nordrhein-Westfalens zur Wiedereingliederung von Frauen nach der Erziehungsphase war das erfolgreichste Arbeitsmarktprogramm Nordrhein-Westfalens mit der höchsten Wiedereingliederungsquote in den Beruf, worauf andere Bundesländer neidisch geguckt haben. Ich verstehe nicht, warum dieses Programm nicht wieder aufgelegt und in der Form fortgesetzt wird, wie wir es damals so erfolgreich durchgeführt haben.

Wir haben einen weiteren Bereich – das ist eigentlich die Schnittstelle zu dem nächsten Haushaltspunkt, aber ich will es trotzdem hier sagen –, der uns ganz wichtig ist. Wir haben eine hohe Zahl von Menschen mit extrem hohen Sozialkompetenzen in Arbeitslosigkeit, und wir haben auf der anderen Seite eine ganz große Zahl von Menschen, die

pflegeergänzend haushaltsnahe Dienstleistungen brauchen, die sich diese aber nicht leisten können und nicht wissen, woher sie sie bekommen. An vielen Stellen existieren diese beiden Bereiche nebeneinander, beide mit Defiziten und beide mit einem Mangel, obwohl man sie zusammenführen kann.

Wir Grüne haben dazu eine große Veranstaltung durchgeführt. Das Ergebnis ist ein Antrag; das Ergebnis dessen waren viele Beratungen und Diskussionen. Wir haben jetzt wieder zum Haushalt beantragt: Wir wollen in Nordrhein-Westfalen ein Programm mit haushaltsnahen Dienstleistungspools, womit man genau diese beiden Bereiche zumindest in einer Anschubfinanzierung über den Overhead flächendeckend installiert. So etwas gibt es erfolgreich in Düsseldorf. Das Projekt trägt sich selbst und ist nicht mehr auf Landesfinanzierung angewiesen.

Sie können nicht immer an der Stelle den Kopf schütteln. Wir wissen, dass alle Bedarfe auf beiden Seiten vorhanden sind, und wir wissen ganz genau, dass diese Bedarfe im Moment sehr stark über Pflegekräfte und pflegeergänzende Kräfte, die aus Osteuropa nach Deutschland geholt werden, abgedeckt werden. Das können wir nicht stillschweigend hinnehmen, sondern wir müssen Lösungen schaffen. Das ist ein Baustein, der notwendig ist, um in dem Bereich zu Lösungen zu kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben in dem gesamten Bereich der Arbeitspolitik noch einen Punkt, den ich neben der Ausbildungssituation wichtig finde. Die Ausbildungsumlage will ich Ihnen heute als nicht haushaltsrelevanter Punkt ersparen. Ein dritter Punkt, der uns ganz wichtig ist, das betrifft den der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Erwachsenen in Hartz IV mit SGB-II-Bezügen. Sie haben von Nordrhein-Westfalen aus lange Zeit immer wieder die Mühle gedreht und die Forderung aufgestellt, das Arbeitslosengeld I müsse verlängert werden. Es mag ja für die Gruppe der Betroffenen im ersten Moment nett sein, dass die Bezugszeit länger ist. Aber auf die lange Strecke hin wäre für diese Menschen eine Integration in den Arbeitsmarkt oder ein Nicht-Herausfallen aus dem Arbeitsmarkt sehr viel wichtiger und hilfreicher. Gerade Frauen, die in dieser Situation sind, nützt das überhaupt nichts, weil ihr ALG-I-Anspruch oft noch unter dem liegt, was sie an SGB-II-Leistungen bekommen würden. Sie haben also keinen Cent mehr, wenn die Zeit verlängert wird, sondern ihr Problem ist, dass sie hinterher mit der Rente weiterhin

unter Sozialhilfeniveau liegen. Das nützt ihnen also an der Stelle überhaupt nichts.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen stellt sich schon die Frage, welche Prioritätensetzung stattfindet, wenn gleichzeitig die Kommission, die Sie ja auch auf unseren Wunsch hin eingerichtet haben und die sich mit Kinderarmut beschäftigt hat, zu dem Ergebnis kommt: Wir brauchen einen eigenständigen Regelsatz für Kinder, wir brauchen diesen dreistufig, wir brauchen Einmalleistungen, und wir brauchen Essen für Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN)

Daraus werden aber überhaupt keine Konsequenzen gezogen, sondern das ist erst einmal nur ein Ergebnis, das auf dem Tisch liegt. Für diese Kinder, die die Lernmittel nicht haben, die das Essen nicht bekommen und einen Regelsatz haben, der unter dem liegt, was sie an Bedarfen haben, um an dieser Gesellschaft teilhaben zu können, nicht zu handeln, ist grob fahrlässig, weil es Kindern wieder die Zukunft verbaut, und zwar unter Umständen auf Jahre hin.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen erwarten wir an dieser Stelle, dass ein Arbeitsminister Konsequenzen zieht. Gehen Sie hin und sorgen Sie dafür, dass wenigstens das warme Essen an die Kinder herankommt und dass sie nicht nur mit einem Trostpflasterchen abgespeist werden! Sorgen Sie dafür, dass auf Bundesebene Veränderungen stattfinden! Gucken Sie endlich, dass mit der Schulministerin zusammen die bestehende Lernmittelproblematik, die nicht nur die Schulbücher betrifft, sondern auch den Wasserfarbkasten, auch die Sportsachen und die Sachen, die ansonsten die Partizipation, die Teilhabe am Schulunterricht ermöglichen, endlich gelöst wird und vom Tisch kommt!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen glauben wir, dass in diesen Bereichen dringend ein Nachsitzen der Landesregierung, ein Nachsitzen der Koalitionsfraktionen nötig ist. Denn so ist das weder ein sozial gerechter noch ein ausgeglichener Haushalt. So ist er nicht für die Menschen, sondern nach wie vor gegen einen breiten Teil der Menschen in Nordrhein-Westfalen gerichtet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, es ist eine gute Sache, dass wir heute den Teil „Arbeit“ unseres Haushaltes im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales debattieren und dazu feststellen können, dass wir in Nordrhein-Westfalen einen sich positiv entwickelnden Arbeitsmarkt haben.

Ich finde es schon gut, dass wir 126.500 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr haben als vor einem Jahr.

(Beifall von der CDU)

Herr Schmelzter, ich bin nicht Ihrer Meinung, dass wir diese Arbeitsplätze haben, weil es die Agenda 2010 gegeben hat. Wir haben diese Arbeitsplätze vielmehr deswegen, weil sich die Unternehmen in den letzten Jahren für die Zukunft aufgestellt haben, und wir haben sie deswegen, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren eine Umstrukturierung ihrer Arbeitsplätze mitgetragen und mitgestaltet haben, wie sie noch nie – so lange ich zurückdenken kann – stattgefunden hat. Kaum ein Arbeitsplatz entspricht noch denen der Arbeitswelt in den 70er- oder 80er-Jahren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben über viele Jahre viel zusätzliche Flexibilität und Leistung bei äußerster Lohnzurückhaltung aufgebracht. Das alles hat Deutschland wieder wettbewerbsfähig gemacht. Und die Wahrheit ist: Bei uns sind die Lohnstückkosten gefallen, in allen anderen Ländern Europas sind sie gestiegen.

(Beifall von der CDU)

Das ist der Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg: die Tüchtigkeit unserer Menschen.

Dass die Verkürzung des Bezuges des Arbeitslosengeldes Leute in Arbeit gebracht hat, glauben nicht einmal Sie, Herr Schmelzter. Deswegen war es richtig, dass wir nach einem Jahr Bohren von dicken Brettern ein soziales Ungewicht wieder in den Griff bekommen haben.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Ihre Bohrmaschine ist nicht durchgekommen!)

Ein weiterer Punkt: Ich bin froh darüber, dass wir dieses Jahr eine spürbare Entlastung auf dem Ausbildungsmarkt haben.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Ja?)

Wir hatten im letzten Jahr 115.000 abgeschlossene Lehrverträge; wir haben jetzt 126.000. Da sind allerdings die 3.000, die wir eingerichtet haben, mit drin. Aber das ist eine Steigerung der Lehrstel-

lenanzahl, wie es sie in diesem Land seit über zehn Jahren nicht gegeben hat.

Rund die Hälfte der 226.000 Schulabgänger will eine duale Ausbildung. Das ist genau die Ausbildungsquote, die unser Land braucht. Wir können den Kindern, die aus der Schule kommen und eine duale Ausbildung wollen, eine Ausbildung im dualen System anbieten.

Deswegen will ich heute erst einmal all denjenigen Dankeschön sagen, die diese Ausbildungsplätze in der Wirtschaft zur Verfügung gestellt haben: den Meisterinnen und Meistern, aber auch den Personalchefs in den größeren Unternehmen, die schlicht und ergreifend Lehrlinge eingestellt haben.

(Beifall von der CDU)

Wahr ist aber auch: Weil wir viele Jahre zu wenige Lehrstellen hatten, gibt es vor allen Dingen in den Berufsschulen nach wie vor Warteschleifen. Nun geht es darum, dass wir diese auflösen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit dem Ausbildungsprogramm 2006 und mit einer Mittelbindung in meinem Haushalt von rund 30 Millionen € pro Jahr – bis diese jungen Leute ihre Facharbeiterprüfung abgelegt haben – einen erheblichen Akzent in der politischen Debatte gesetzt. Wir haben nicht nur geredet, sondern gemacht.

Deswegen ist es, finde ich, völlig richtig, dass wir jetzt gemeinsam sehen müssen, dass über den Bund – meinerwegen über die Bundesagentur für Arbeit – in einem zweiten Schritt ein Programm aufgelegt wird, mit dem auch die Bundesebene deutliche Akzente für die Auflösung dieser Warteschleifen setzt.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Im Ausbildungskonsens von Nordrhein-Westfalen herrscht Einmütigkeit, dass die Arbeitgeber Nordrhein-Westfalens im Arbeitgeberverband in Berlin sagen: Macht das bitte in der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit! Genau so hat es der DGB in Nordrhein-Westfalen und die Landesregierung auf der politischen Ebene in Berlin getan! – Ich bin ziemlich zuversichtlich, dass noch vor den Feiertagen auch in Berlin Beschlüsse im Kabinett gefasst werden, die auch uns in Nordrhein-Westfalen erheblich helfen werden, diese Warteschleifen aufzulösen.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man mag ja an meiner Arbeitsmarktpolitik kritisieren, dass wir nicht mehr ganz so viel für Langzeitar-

beitslose tun, wie das früher der Fall war. Das ist richtig. Das ist aber folgerichtig, weil es in Deutschland eine Grundsatzentscheidung gegeben hat, dass für die Langzeitarbeitslosen das SGB II zuständig ist und dass den nordrhein-westfälischen Optionskommunen und Argen im Ganzen 1,2 Milliarden € an Mitteln zur Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dann muss das nicht noch einmal vom Land gemacht werden.

Deswegen habe ich entschieden, meinen Schwerpunkt in den nächsten Jahren auf den Bereich Jugend und Ausbildung zu legen. Über das Lehrstellenprogramm habe ich geredet. Wir haben für diejenigen, um die sich nie jemand gekümmert hat, also für diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz und keinen Arbeitsplatz haben, das Werkstattjahr eingeführt – mit mittlerweile weit mehr als 4.650 Teilnehmern und einem Finanzvolumen von ca. 26 Millionen €. Wir machen das Programm „Betrieb und Schule“ mit 4 Millionen € und die Verbundausbildung mit 2,5 Millionen €. Wir unterstützen die überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungen im Handwerk und in der Industrie mit 15,5 Millionen €. Und wir geben 18 Millionen € für das Programm „Jugend in Arbeit plus“ aus.

Wenn Sie noch dazurechnen, dass wir rund 30 Millionen € für die Ausbildung von Altenpfleger/-innen und Altenpflegehelfer/-innen zur Verfügung stellen, dann kommen Sie auf einen Betrag von rund 118 Millionen €, den mein Haus für die Berufsausbildung unserer jungen Leute aufbringt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses hat Sinn, weil die Beantwortung der Frage, wie gut wir in Nordrhein-Westfalen in einigen Jahren leben werden, entscheidend davon abhängt, wie gut wir unsere jungen Leute ausbilden, damit sie innovative und anspruchsvolle Arbeiten erledigen können, die uns die Fortführung des Lebensstandards ermöglichen, den wir seit zwei Generationen gewohnt sind.

(Beifall von der CDU)

Da könnten Sie schon mal ein Wort der Anerkennung sagen. Keiner von Ihnen will diese Programme ja infrage stellen. Aber wenn Sie diese Programme nicht infrage stellen, dann sagen Sie mir einmal, warum ich im Rahmen der Konsolidierung des Landeshaushalts – die kann man auch nicht infrage stellen – Aufgaben übernehmen sollte, für die jetzt im Kreislauf des SGB II Argen und Optionskommunen zuständig sind.

Ein weiterer Punkt meiner Arbeitsmarktpolitik ist natürlich der Bildungsscheck. Die Frage, wie gut wir in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland in einigen Jahren leben, hängt doch auch damit zusammen, wie innovativ wir mit älter werdenden Belegschaften umgehen. Jeder weiß doch, dass aufgrund unserer Bevölkerungsstruktur auch die Belegschaften älter werden. Jeder weiß, dass wir in einem Land leben, das arbeitsmarktpolitisch seit fast 17 Jahren – seit Anfang der 90er-Jahre – die Kultur der Frühverrentung kennt. Viele Unternehmen wissen doch gar nicht mehr, wie das Arbeiten mit Leuten über 50 – geschweige mit solchen über 55 – ist.

(Beifall von der CDU)

Die Frage, wie gut wir in diesem Land sind, hat auch viel damit zu tun, ob wir auch mit älter werdenden Belegschaften innovativ bleiben und innovative Produkte herstellen. Und das bekommt man nur hin, wenn in der Arbeitnehmerschaft breit verankert wird, dass lebenslanges Lernen dazu gehört.

Das Instrument Bildungsscheck, das wir eingeführt haben und das alleine in den letzten 12 Monaten 110.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land berufliche Fortbildung ermöglicht hat, ist dazu angedacht, in den Köpfen der Menschen etwas zu verändern.

Was ich gerne will, ist, dass die Leute neugierig bleiben, auch über das 55. Lebensjahr hinaus, was neue Entwicklungen in ihren Metiers angeht. Deswegen ist dies eine zentrale Stelle meiner Arbeitsmarktpolitik für die Zukunft Nordrhein-Westfalens und nicht für die Vergangenheit Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von der CDU)

Ich achte sehr darauf, dass es sich hier um berufliche Fortbildung und nicht um „Makramée für Linkshänder“ oder „Stricken mit grober Wolle“ handelt. Solche Projekte haben Sie gefördert.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, es gibt einen weiteren zentralen Punkt meiner Arbeitsmarktpolitik.

(Oskar Burkert [CDU]: Es ist eine Unverschämtheit, was er sich hier eben geleistet hat!)

– Ach wissen Sie, wenn sich hier ein Kommunist äußert, beeindruckt mich das null.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Was bist du denn?)

Meine Damen und Herren, ein weiterer entscheidender Punkt meiner Arbeitsmarktpolitik ist die Potenzialberatung. Was machen wir denn da? Da geben wir den kleinen Unternehmen, wenn sie sehen, dass sie in ihrem Betrieb nicht klarkommen, die Möglichkeit, auch einmal eine Unternehmensberatung in Anspruch zu nehmen. Ich unterstütze eine Unternehmensberatung nur dann, wenn sie in der Weise berät, dass man in dem Betrieb mit der vorhandenen Belegschaft vor Ort versucht, die Arbeitsplätze weiterzuentwickeln.

Als Arbeitsminister habe ich ein hohes Interesse daran, dass keine Unternehmensberatungen in die Unternehmen kommen, die sagen: Die Arbeitnehmer arbeiten zu wenig, der Standort ist zu teuer, gehen Sie ins Ausland! – Ich habe ein Interesse daran, dass man an diesem Standort sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entwickelt.

(Beifall von der CDU)

Wir haben mittlerweile 10.000 Betriebe mit 136.000 Beschäftigten beraten. Wir können beweisen, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in diesen Betrieben überproportional stark zugenommen hat. Deswegen glaube ich, dass die Arbeitsmarktpolitik, die wir machen, die in Programmlinien denkt, in sich eine Systematik hat.

(Günter Garbrecht [SPD]: Das ist doch nicht neu, oder?)

Ich erlebe in vielen regionalen Veranstaltungen auch, dass die Sozialpartner in Nordrhein-Westfalen diese Arbeitsmarktpolitik sehr wohl zu schätzen wissen, weil sie auf die Zukunft unseres Landes ausgerichtet ist und nicht darauf, Strukturen zu finanzieren, die nun andere – nämlich die Argon und die Optionskommunen über ihre Eingliederungsmittel – finanzieren müssen. Da gibt es jetzt eine andere Programmfestsetzung, die aber auch dem folgt, was viele von uns gemeinsam auf der Bundesebene vor drei Jahren beschlossen haben. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Meine Damen und Herren, zum Teilbereich „Arbeit und berufliche Bildung“ liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir können die Beratung abschließen.

Ich eröffne die Debatte über den **Teilbereich „Gesundheit und Soziales“**.

Ich erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Gebhard das Wort. Bitte schön.

Heike Gebhard (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren auf den Rängen! Der uns hier heute vorliegende Haushalt ist sozial- und gesundheitspolitisch aus unserer Sicht völlig unzureichend, woraus sich unsere Ablehnung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ergab, die – lassen Sie mich es vorwegschicken – auch hier im Plenum unvermeidlich ist.

(Zuruf von der CDU)

– Das wundert Sie nicht. Ich finde es gut, dass Sie das schon eingesehen haben.

Wir alle sind glücklich über die deutlichen Steuermehreinnahmen. Das ist hier heute schon mehrfach betont worden. Doch was machen Sie aus dieser günstigen Konstellation? Sie schrauben weder die Neuverschuldung zurück, noch korrigieren Sie die Kürzungen der letzten beiden Jahren bei den sozial- und gesundheitspolitischen Maßnahmen.

In Ihren Sonntagsreden loben Sie ehrenamtlich Tätige und fordern die Menschen auf, sich noch mehr zu engagieren. Doch die Strukturen, an die sich Ehrenamtliche und Selbsthilfegruppen andocken können, werden nicht mehr gefördert: ob es die beiden Frauenberatungsstellen im Gesundheitsbereich sind, die Anlaufstellen für viele ehrenamtlich tätige Frauen und Selbsthilfegruppen waren, oder die Koordinationsstelle für die Patientenberatung, die landesweit unseren – zum Glück zahlreichen – Selbsthilfegruppen zur Verfügung stand.

Die Ärztekammern haben vertrauensvoll mit diesen Selbsthilfegruppen und ihrer Koordinationsstelle für Patientenberatung zusammengearbeitet. Auch sie vermissen diese Anlaufstelle. Sie können sie auch nicht ersetzen, da sie ganz andere Aufgaben haben.

Dies gilt insbesondere für die Krebsberatungsstellen. Gerade jetzt, wo man sich überall im Lande zum Wohle der Patientinnen und Patienten aufmacht, die stationäre und ambulante Versorgung im Bereich der Onkologie inklusive der psychologischen Versorgung zu verzahnen, wäre es sinnvoll, dies unter Beteiligung der Krebsberatungsstellen zu tun. Daher senden Sie ein völlig falsches Signal ins Land, wenn Sie diesen keine Förderung zukommen lassen, das heißt, Sie ihnen die notwendige Wertschätzung versagen.

Während Sie also die hervorragend gewachsene Infrastruktur im Bereich der Selbsthilfe sich selbst überlassen, rühmen Sie sich, Herr Minister, dass Sie 40 Millionen € mehr für die Krankenhausförderung bereitstellen, als Rot-Grün es 2005 getan hat. Aber Sie vergessen dabei, zu sagen, wo Sie die hernehmen. Von dem Gesamtvolumen in Höhe von 516 Millionen €, das den Krankenhäusern in 2008 zur Verfügung stehen soll, tragen nämlich die Städte und Gemeinden 205 Millionen €. Unter Rot-Grün hatten sie nur 96 Millionen € bereitzustellen. Mit anderen Worten: Die 40 Millionen € mehr lassen Sie sich nicht nur zu 100 % von den Kommunen finanzieren, nein, Sie sanieren Ihren eigenen Haushalt um weitere 70 Millionen auf Kosten der Kommunen, und das Jahr für Jahr.

(Beifall von der SPD)

Sie sollten sich also schämen, überhaupt zu erwähnen, dass der Ansatz um 40 Millionen € in 2007 und 2008 gestiegen ist, und sich vielmehr bei den Kommunen entschuldigen, denen das Geld für Investitionen in ihre eigenen Häuser fehlt. Und das nur, weil Sie nicht in der Lage sind, Ihre Kolleginnen und Kollegen im Kabinett davon zu überzeugen, den Haushalt so umzubauen, dass dieses durchaus notwendige Mehr vom Land und nicht von den Kommunen aufgebracht wird.

Bleiben wir bei den Krankenhäusern, bleiben wir bei dem Investitionsbedarf der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser. Nachdem Sie in 2006, wie in 2005 bereits angekündigt, keine neuen investiven Maßnahmen gefördert haben, kündigten Sie glücklicherweise am 20. Dezember 2006 an, es werde in 2007 wieder ein Investitionsprogramm geben. Unterstrichen wurde diese Ankündigung, indem Sie zwei Wochen zuvor einen neuen Kriterienkatalog an die Krankenhäuser übersandten. Der Haushaltsentwurf für 2007, bereits Ende August 2006 eingebracht, wies ebenfalls Mittel dafür aus, sodass alle darauf vertrauten und vertrauen konnten – bisher waren sie es jedenfalls so gewohnt –, dass es wirklich ein Investitionsprogramm in 2007 geben würde.

Sechs Monate nach Ankündigung des Investitionsprogramms brachten Sie den Entwurf für ein neues Krankenhausgestaltungsgesetz ein. Selbst der sah die Einzelförderung auf Antrag vor.

Obwohl Ihnen seit spätestens Ende 2006 die Listen zur Investitionsförderung vorlagen und Ihre Fachverwaltung diese wie gewohnt mit den Fachverwaltungen der Bezirksregierungen beriet, gab es im Sommer immer noch keine Bewilligung. Und dann, drei Tage vor der Expertenanhörung zum Krankenhausgestaltungsgesetz, stoppen Sie

das Investitionsprogramm und erklären, die Finanzierung soll gänzlich umgestaltet werden.

Fast zehn Monate lang – das muss man sich einmal vor Augen führen – haben Sie die Krankenhäuser in dem Glauben gelassen, sie könnten die Baumaßnahmen spätestens zum Ende des Jahres starten, gefördert vom Land, weil sie alle Kriterien erfüllen. Und dann sagen Sie: Schluss, aus, ich will nicht mehr! – Nennen Sie das haushaltspolitisch verlässlich? Nennen Sie das vertrauensvolle Zusammenarbeit? Wer im nordrhein-westfälischen Gesundheitswesen soll Ihnen eigentlich noch glauben? Ihre Zusagen sind ja nicht mal nicht einen Pfifferling wert.

Lassen Sie mich einmal ganz konkret sagen, welchen Schaden Sie anrichten. Ich nenne jetzt sehr bewusst nicht das größte kommunale Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen, dem Sie so übel mitspielen, sondern das St. Antonius-Hospital in Gronau. Im Kreis Borken hat man sich nämlich in Absprache mit der Bezirksregierung und dem Land darauf verständigt, die Krankenpflegeschulen auf zwei Standorte zu konzentrieren. Während der eine Standort, Bocholt, wie verabredet von Rot-Grün gefördert wurde – Herr Minister, wahrscheinlich, weil da traditionell Rot gewählt wird; Sie sagen, wir hätten es immer nur aus parteipolitischen Gründen getan –, wartet der zweite Standort seit Ihrer Regierungsübernahme auf die Förderung der Krankenpflegeschule. Der Rat der Stadt Gronau hat Ihnen dieses Jahr mitgeteilt, dass die Förderumstellung ein sicheres Scheitern dieses Projekts bedeuten würde. Aber Sie reagieren nicht. Das zeigt – anders, als Sie vorhin ausgeführt haben –, wie wichtig Ihnen Ausbildung in unserem Lande ist.

Was dem Fass den Boden ausschlägt, ist das Verhalten des Kollegen Romberg in genau dieser Angelegenheit. Er besucht die Klinik vor Ort und tut so, als sei ihm das völlig neu. Das ist schon schlimm genug für einen gesundheitspolitischen Sprecher. Aber dann noch scheinheilig zu sagen, er werde das Anliegen in den entsprechenden Gremien in Düsseldorf erörtern – so ist es zumindest in den „Westfälischen Nachrichten“ vom 16. November zu lesen –,

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

ist schon mehr als peinlich. Man kann es vorausagen – ich glaube, man muss dafür kein großer Prophet sein –: Wir werden hier und heute erleben, wie Sie einem Haushalt zustimmen werden, der keinen von uns geforderten „Feuerwehrtopf“ enthält, mit dem Ungerechtigkeiten wie zum Beispiel in Gronau abgefedert und ausgeglichen

werden könnten. Er wird auch dem Krankenhausgestaltungsgesetz ohne Wenn und Aber zustimmen, obwohl es keine vernünftigen Übergangsmodalitäten vorsieht.

(Beifall von der SPD)

Ersparen Sie mir, dieses Verhalten mit einem Wort zu belegen. Es könnte beleidigend klingen. Aber der Vorgang spricht ja für sich.

Herr Minister, sagen Sie jetzt nicht: Solch ein „Feuerwehrtopf“ ist nicht finanzierbar. – Im Haushalt 2007 haben Sie 40 Millionen € für ein sogenanntes Krankenhausportal vom Landtag bewilligt bekommen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Bis jetzt, November, wurde noch nicht ein Euro ausgegeben. Das ist vielleicht auch eine interessante Information für den Finanzminister.

Am 18. Oktober letzten Jahres haben Herr Staatssekretär Prof. Dr. Winter und Frau Ministerialdirigentin Dr. Prütting erläutert, dass als Grundlage für das Sonderprogramm „Krankenhausportal Nordrhein-Westfalen“ auch die von mir vorhin bereits erwähnten Kriterien dienen, da es sich hierbei ebenfalls um ein Investitionsprogramm handelt. Es sei ein Zusatzprogramm auf Basis der bestehenden Kriterien. Da kann ich nur noch hinzufügen: Wenn das so ist – und so war es uns angekündigt –, ist es also bestens geeignet, zumindest die schlimmsten Verwerfungen des Stopps des Investitionsprogramms aufzufangen. Aber Sie nutzen es nicht dafür. Elf Monate liegt das Geld nun herum, anstatt segensreich zu wirken.

Nach neun Monaten schrieben Sie ein Förderprogramm aus, aber nunmehr nach völlig neuen Kriterien. Während Sie sich also neun Monate Zeit nahmen, ein solches Programm zu entwickeln, geben Sie den Krankenhäusern gerade einmal sechs bis sieben Wochen, um Anträge zu stellen. Man darf schon jetzt gespannt sein, welche Krankenhäuser da wohl zum Zuge kommen.

Da der Haushalt 2007 von Ihnen nicht wie verabschiedet genutzt wird, müssen wir annehmen, dass es dem nächsten Haushalt genauso widerfahren wird. Es wird sich also niemand wundern, dass wir ein solches Haushaltsgebaren als unwürdig empfinden und dass wir dazu nicht den Steigbügel halten werden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meiner Rede komme, will ich meinem Zorn über die Äußerung, die der Herr Kollege Sagel eben über ein Regierungsmitglied gemacht hat, Ausdruck geben. In Fäkal Sprache ein Mitglied der Regierung zu bezichtigen, ist schon ein ganz starkes Stück.

(Zuruf von der SPD: Was hat er denn gesagt?)

– Ich werde es nicht wiederholen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der eingeschlagene Kurs der Landesregierung, die Haushaltsausgaben zu konsolidieren, aber trotz der Einsparungsmaßnahmen noch Gestaltungsakzente zu setzen, ist richtig. Der Einzelplan 11 hat ein Volumen von 2,96 Milliarden €. Damit ergibt sich eine nominale Absenkung von 151 Millionen € im Vergleich zu 2007. Die Absenkung – ich kann es nur wiederholen, der Kollege Post hat es bereits gesagt – ist im Wesentlichen im Zusammenhang mit einem geringeren Bedarf im gesetzlichen Bereich bzw. bei der Umsetzung der EU-Programme zu sehen. So kommt es zum Beispiel durch die Anpassung an den geringeren Bedarf bei den Wohngeldentlastungen im Jahre 2008 zu einer Minderung von 240 Millionen €, 86,5 % des Haushaltes, also 2,56 Milliarden €, sind gesetzesvollziehende Ausgaben. Davon entfallen ca. 1,3 Milliarden € auf Bundesgesetze und ca. 1,3 Milliarden € auf Landesgesetze.

Frau Kraft betonte in ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes, diese Koalition würde Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser im Regen stehen lassen. Auf den Einzelplan 11 bezogen kann hier und heute gesagt werden: Krankenhäuser werden nicht im Regen stengelassen.

Noch heute werden wir das Krankenhausgestaltungsgesetz verabschieden. Damit geben wir den Krankenhäusern und Krankenkassen Handlungsspielräume. Wir versuchen mit diesem Gesetz, Bürokratie abzubauen und die bestmögliche Versorgung in allen Landesteilen zu gewährleisten. Wir gewährleisten mit diesem neuen Gesetz die Verlässlichkeit der laufenden Finanzierung für die Krankenhäuser. Das bedeutet Erhöhung der Gestaltungsmöglichkeiten durch die Krankenhausträger, Förderung der Kooperationen und Zusammenarbeit der Krankenhäuser sowie Einführung eines Transplantationsbeauftragten, um auf die-

sem Wege die Erhöhung der Spendenbereitschaft zu erzielen.

Deshalb haben auch die Experten in den Anhörungen die neue Ausrichtung des Krankenhausgestaltungsgesetzes NRW im Grunde begrüßt und unterstützt. Frau Gebhard, ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen haben. Diejenigen, mit denen ich gesprochen habe, loben dieses neue Gesetz und auch die Finanzierungsmöglichkeiten.

Wir begrüßen das Projekt „Gesundheit.nrw“ als ein Projekt, die Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu fördern und weiterzuentwickeln. Uns ist das besonders wichtig, da eine gute, solide und qualitativ hochwertige Gesundheitswirtschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ein entscheidender Standortfaktor sein wird. Das Land stellt im nächsten Jahr für diese Förderung 70.000 € zur Verfügung. Die Gesundheitswirtschaft könnte bis zum Jahr 2015 bis zu 2.000 neue Jobs generieren.

Wie der Minister in der Sitzung am 5. September 2007 im AGS-Ausschuss dargelegt hat, werden erstens auf Landesebene Kompetenzen in einer Einrichtung gebündelt. Zweitens wird „NRW. Gesundheitswirtschaft und anwendungsorientierte Medizintechnologien“ in einem sogenannten Clustern definiert. Drittens startet in diesem Jahr der Wettbewerb „Innovative Gesundheitswirtschaft NRW“. Viertens soll die Gesundheitswirtschaft als Standortfaktor begriffen und sollen eigene regionale Konzepte entwickelt werden. Fünftens werden verschiedene Leitprojekte gefördert. Dazu gehört auch das Themenfeld Prävention. Wir wollen eine aktive Politik der Prävention, und wir wollen, dass sich ohne Unterschied jeder, der krank wird, auf die bestmögliche medizinische Hilfe in Nordrhein-Westfalen verlassen kann.

Im Koalitionsvertrag heißt es: Wir wollen eine leistungsfähige und wohnortnahe Versorgung im ambulanten wie im stationären Bereich. Und mit diesem Haushalt sind wir wieder auf einem guten Weg.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Koalition setzt besonders stark auf gesundheitliche Prävention. Ein Schwerpunkt ist nach wie vor die Kindergesundheit. Die Maßnahmen, die Minister Laumann und Ministerin Sommer zum Thema Nichtrauchen und Reduzierung von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen eingeleitet haben, werden auch in Zukunft fortgesetzt.

Die körperliche und seelische Misshandlung von Kindern muss bekämpft werden. Wir können Mi-

nister Laumann nur unterstützen, der am 23. November 2007 erklärte, dass wir für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in NRW die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen sicherstellen. In Nordrhein-Westfalen haben wir per Gesetz eine positive Meldepflicht der Kinderärzte eingeführt. Ziel ist es, dass die Eltern der Kinder, die an einer Früherkennungsuntersuchung trotz Erinnerung nicht teilnehmen, den jeweiligen Kommunen gemeldet werden. Durch diese Maßnahme sollen Vernachlässigungen und Misshandlungen besser erkannt werden, um frühzeitig agieren zu können.

Bei der Sucht- und Aidsprävention wird nicht gekürzt. Wir werden die vorhandenen Strukturen beibehalten und sie weiterhin mit den notwendigen finanziellen Mitteln versorgen. Gerade die aktuellen Zahlen, die das Robert-Koch-Institut zum Welt-Aids-Tag veröffentlicht hat, zeigen, dass in diesem Bereich weiterhin Anstrengungen unternommen werden müssen. Nach Mitteilung des Robert-Koch-Institutes leben in NRW 12.900 Menschen mit HIV-Infektion: etwa 10.600 Männer, 2.300 Frauen und 80 Kinder. Jährlich kommen rund 720 Neuinfektionen hinzu.

Die Politik der Koalitionsfraktionen für Menschen mit Behinderung wird durch das Sonderprogramm „Teilhabe für alle“ fortgesetzt. Der Haushaltsansatz von knapp 4,5 Millionen € für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderung wird um 1,5 Millionen € auf knapp 6 Millionen € erhöht. Mit diesem erhöhten Ansatz werden Handlungsmöglichkeiten für den Ausbau des Programms „Teilhabe für alle“ geschaffen. Wir müssen zusätzliche Möglichkeiten schaffen, um Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir werden einen entsprechenden Antrag zu Integrationsunternehmen in den Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

Für die Stiftung Wohlfahrtspflege sind im Haushalt 2008 wiederum 25 Millionen € eingestellt. Das ermöglicht der Stiftung, in gleichem Umfang wie bisher wichtige Projekte zu fördern.

Die Selbsthilfegruppen haben im Vergleich zu 2007 ebenfalls keine Kürzungen in 2008 hinnehmen müssen.

Eine große Baustelle werden wir im nächsten Jahr im Landtag behandeln: Das Heimgesetz obliegt seit der Föderalismusreform dem Land. Mir ist dabei sehr wichtig: erstens Lebensalltag und Lebensnormalität behinderter und pflegebedürftiger Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, zweitens die Teilhabemöglichkeiten zu stärken und drittens vorhandene Entbürokratisierungspotenziale aus-

zuschöpfen. Ziel muss sein, dass der Bewohner in einem Heim oder in einer Senioren-WG für betreutes Wohnen die bestmögliche Versorgung erhält. Dem engagierten Personal muss so viel Zeit wie möglich zur Betreuung der Menschen gegeben werden. Es darf nicht durch überbordende Bürokratie belastet werden.

Die Einnahmen der Pflegekassen von 2,4 Milliarden € im Jahre 2008 müssen am Bett ankommen und dürfen nicht in überflüssigen neuen Strukturen wie Pflegestützpunkten oder Pflegebegleitern aufgehen. Sowohl in jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis in Nordrhein-Westfalen als auch bei den Wohlfahrtsverbänden sind kompetente und gut funktionierende Beratungsstellen vorhanden. Es darf nicht die Verwaltung, sondern es müssen die Menschen gefördert werden.

(Beifall von der CDU)

Mit diesem Haushalt ist es der Landesregierung gelungen, den schwierigen Spagat zwischen Fürsorge und Schuldenabbau zu meistern. Dieser Haushalt ermöglicht uns trotz Einsparung, nah am Menschen zu sein. Der Schuldenabbau ist jetzt notwendig, um nicht das Geld, das unseren Kindern zusteht, weiter aufzuzehren.

In den zehn Geboten steht: Du sollst nicht stehen. – Ich bitte Sie daher, dem Haushalt im Haushalts- und Finanzausschuss und in der Abschlussberatung im Plenum zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Für die FDP-Fraktion erhält Herr Kollege Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Burkert ist gerade schon darauf eingegangen: Die gesundheitliche Prävention ist ein wichtiger Baustein im Feld Gesundheit und Soziales, der gerade auch uns Liberalen besonders am Herzen liegt. Es ist unser Ziel, Bürgerinnen und Bürgern mehr Chancen für die gesunde Gestaltung ihres Lebens zu eröffnen.

Die Möglichkeiten, positiv auf die eigene Gesundheit einzuwirken, werden noch immer zu selten genutzt. Es ist ein besonderes Problem, gerade diejenigen zu erreichen, die aufgrund von belastenden Lebensverhältnissen, die sie eben nicht beeinflussen können, ein erhöhtes Krankheitsrisiko haben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Hier setzt die besondere Verantwortung des Staates an, Menschen zu unterstützen.

Prävention hat viel mit Bildung zu tun. Sie muss möglichst früh beginnen und für alle Kinder zugänglich sein. Ein Beispiel für entsprechende Initiativen des Landes ist das Präventionsprogramm „Leben ohne Qualm“. Darüber hinaus werden Maßnahmen aufgelegt, um übergewichtigen Kindern zu helfen, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Prävention ist aber nicht nur für Kinder und Jugendliche wichtig. So hat die Landesgesundheitskonferenz NRW in diesem Jahr Handlungsempfehlungen zur „Gesundheit im Alter“ beschlossen. Es ist eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre, durch effektiven Einsatz der Altersmedizin und der Geriatrie Krankheiten und Behinderungen im höheren Lebensalter zu vermeiden oder so zu beeinflussen, dass Pflegebedürftigkeit verhindert wird. Insgesamt stehen für diese präventiven Maßnahmen rund 280.000 € bereit.

Auch die Drogen- und Suchtprävention nehmen wir sehr ernst. Auf eine Absenkung der Ansätze wurde daher trotz der weiter schwierigen Haushaltslage verzichtet. Über die Mittel, die den Kommunen unter Beachtung fachlicher Kriterien als Pauschalen zur Verfügung gestellt werden, hinaus setzen wir im Haushaltsjahr 2008 ein besonderes Zeichen. CDU und FDP wollen mittels eines Sonderprogramms gezielt über die Risiken des Cannabis aufklären.

Zwar hat die Beauftragte der Bundesregierung für Drogenfragen, Frau Bätzing, in den letzten Tagen darauf hingewiesen, dass die Zahl der Jugendlichen, die Cannabis probieren, rückläufig ist. Diese Tendenz ist erfreulich und gründet sich hauptsächlich auf den inzwischen reduzierten Tabakkonsum von Jugendlichen.

Noch immer ist Cannabis aber die Nummer eins bei den illegalen Drogen. Die Zahl der Jugendlichen, die täglich Cannabis konsumieren, ist weiterhin konstant hoch; sie liegt bei nahezu 3 %. Die gesundheitlichen Risiken und auch das Suchtrisiko werden weiter unterschätzt. Rund ein Drittel der regelmäßig Konsumierenden kann als abhängig gelten.

Das ist auch deshalb ein Problem, weil sich im Cannabis inzwischen häufig ein deutlich erhöhter Wirkstoffgehalt findet. Aber auch die anderen gesundheitlichen Risiken sind weitaus größer, als gemeinhin vermutet wird. So fanden Schweizer Ärzte in einer Studie heraus, dass Cannabisfasern Entzündungsherde in der Lunge bewirken und zu

schweren Lungenschäden führen, die häufig Transplantationen erforderlich machen. Auch die psychischen Folgen – Persönlichkeitsveränderungen, Depressionen, Psychosen – sind immens.

Das Problem ist, dass kaum ein Jugendlicher dies weiß. Hier wollen wir aufklären, damit Jugendliche auch frei die Entscheidung treffen können, ob sie ein drogenfreies Leben führen wollen.

(Beifall von der FDP)

Am 1. Dezember war Welt-Aids-Tag. Die Zahl der Neuinfektionen ist – mit einem Anstieg von 5 % in NRW und einem analogen Anstieg im gesamten Bundesgebiet – hoch. Da ist es gut, dass die Landesregierung für den Erhalt und die qualitative Weiterentwicklung der Präventions- und Hilfsangebote steht. Die Mittel wurden nicht reduziert.

Die Zahl der HIV-Neuinfektionen – vor allem bei schwulen Männern – steigt an. Deshalb werden die zielorientierten Präventionsmaßnahmen im kommenden Jahr gemeinsam mit der Aids-Hilfe NRW intensiviert. Die Aufforderung der SPD an die Landesregierung, ihr Engagement zu verstärken, ist demnach unnötig.

Ein weiterer zentraler Punkt der Gesundheitspolitik in NRW ist die Gesundheitswirtschaft. Der bisherige Umsatz von 52 Milliarden € kann sich sehen lassen. Er lässt die Branche zum echten Jobmotor werden – mit steigender Tendenz. Im Mittelpunkt stehen dabei das Cluster „Gesundheitswirtschaft NRW“ sowie der Bereich der anwendungsorientierten Medizintechnologie. Für den Clusterwettbewerb „Innovative Gesundheitswirtschaft NRW“ werden im Rahmen des NRW-Ziel-2-Programms, also EU-kofinanziert, zwischen 2007 und 2013 rund 70 Millionen € zur Verfügung stehen.

Zum Thema Krankenhausförderung will ich an dieser Stelle nicht allzu viel sagen; dazu werden wir ja am späten Abend noch Gelegenheit haben. Lassen Sie mich hier nur Folgendes anmerken: Die schwarz-gelbe Landesregierung stellt für Krankenhäuser 40 Millionen € mehr zur Verfügung, als das die alte rot-grüne Regierung getan hat.

(Frank Sichau [SPD]: Wo kommen die denn her?)

Wenn Frau Gebhard hier behauptet, das sei das Geld der Kommunen, muss ich erwidern: Nein, das ist das Geld der NRW-Bürger. Die NRW-Bürger wollen gut ausgestattete Krankenhäuser. Dafür sorgen wir.

(Beifall von der FDP)

Eine Anmerkung zu Gronau: Dass eine Systemumstellung mit Baupauschalen vereinzelt auch zu Problemen führt, ist klar. Das nehme ich als Volksvertreter ernst. Ich nehme die Probleme aus Gronau mit nach Düsseldorf und bespreche sie hier mit dem Minister und den Koalitionskollegen. Wir werden Lösungen finden. Die Ausbildung wird auch nicht unter den Baupauschalen leiden.

Ein weiterer Punkt: Das Krebsregister leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die Qualität der Früherkennung und der Versorgung von krebskranken Menschen zu verbessern. Nachdem die organisatorischen und technischen Voraussetzungen etabliert werden konnten, wird die Vervollständigung der Daten weiterentwickelt. Auch diese Anstrengungen sind dem Land über 1 Million € wert.

Zusätzlich halten wir die Tatsache für ein gutes Signal, dass die Mittel zur Förderung modellhafter Maßnahmen vor allem bei der Weiterentwicklung der ambulanten bzw. der komplementären Versorgungsstrukturen in der Psychiatrie auch im Haushaltsjahr 2008 erhalten bleiben.

Ein zentrales Erkennungsmerkmal unserer Sozialpolitik ist eine bedarfsgerechte Politik für Menschen mit Behinderungen. Wir werden unsere Bemühungen weiter verstärken, behinderte Menschen individuell zu unterstützen, um dazu beizutragen, dass ihnen die gleichen Chancen offenstehen, wie Menschen ohne Behinderung. Vielfältige Projekte, die in Programmen gebündelt werden, liefern dazu eine geeignete Grundlage.

Einen besonderen Schwerpunkt sehen wir aber in der Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt. Das erste Ziel ist es natürlich, diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Aber das ist nicht für alle ein realistisches Ziel. Eine Gruppe behinderter Menschen benötigt spezifische Angebote – Werkstätten für Behinderte –, um aktiv am Erwerbsleben teilnehmen zu können.

Darüber hinaus haben die Integrationsfirmen in den letzten Jahren einen hohen Stellenwert erlangt. Gerade dort wollen wir unsere Schwerpunkte setzen. Die schwarz-gelbe Koalition wird den Ausbau von Integrationsunternehmen mit einem Sonderprogramm voranbringen. Denn immer mehr Menschen sind für Werkstätten mit Behinderungen zu gut, für den ersten Arbeitsmarkt jedoch zu schlecht. Auch sie brauchen eine Chance, damit ihnen durch Arbeit ein erfülltes Leben ermöglicht wird.

Hinweisen möchte ich auch auf die wichtige Arbeit der Stiftung Wohlfahrtspflege. Die FDP-Fraktion hat sich im letzten Jahr sehr dafür eingesetzt,

dass die Mittel erhöht werden. Auf diese Weise ist es möglich, neue Ansätze zur Versorgung pflegebedürftiger Menschen, benachteiligter Kinder sowie Menschen mit Behinderungen zu erproben. Die Stiftung konzentriert sich dabei auf solche Modellvorhaben, für die sonst keine Fördermöglichkeit besteht. Auch in 2008 werden rund 25 Millionen € zur Verfügung stehen.

Die Hilfen für pflegebedürftige Menschen in NRW werden unvermindert weitergeführt. Deren Zielsetzung besteht darin, die Fähigkeit zur selbstständigen Lebensführung möglichst lange zu erhalten. Auch dann, wenn ein Umzug in ein Heim unumgänglich ist, wollen wir den Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, das zugleich das notwendige Maß an Sicherheit bietet. In diesem Jahr hat das Ministerium die Eckpunkte für ein neues Heimgesetz als Diskussionsgrundlage für zahlreiche Bürgergespräche genutzt, aber auch fachliche Expertisen eingeholt. Solche Aktivitäten sind nicht zum Nulltarif zu haben. Auch dafür stehen Mittel im Haushalt; denn wir wollen ein gutes Heimgesetz.

Sie sehen, es gibt eine Vielzahl von Aktivitäten in der Gesundheits- und Sozialpolitik, bei denen wir schwerpunktmäßig neue Wege gehen und sich zeigt: Schwarz-Gelb kommt näher an den Menschen heran; wir zeigen soziale Sensibilität. Ich lade Sie herzlich ein, uns dabei zu unterstützen.

Frau Gebhard hat eben gesagt, die SPD lehnt das ab. Ich habe keinen Änderungsantrag gesehen. Wenn es keinen Änderungsantrag zu einem Haushalt gibt, ist das für eine Oppositionsfraktion ein Armutszeugnis.

(Beifall von FDP und CDU)

Entweder der Haushalt ist gut, und man sagt: „Okay, den tragen wir mit“ oder er ist schlecht, und man zeigt Alternativen auf. Das war ein schwaches Bild. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir zucken immer, wenn Sie aufhören!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Als Nächstes hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollegin Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Norbert Killewald [SPD]: Frau Steffens, halten Sie sich zurück! – Weitere Zurufe)

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Genau, ich darf auch noch, damit es sich lohnt, darauf zu erwidern. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Her-

ren! Herr Romberg, ich finde es zwar auch nicht so prickelnd, dass die SPD-Fraktion keine Änderungsanträge gestellt hat, aber Ihre Aussage: „Wenn man keine Änderungsanträge hat, ist man mit dem Haushalt zufrieden“ ist klasse. Denn das bestätigt im Nachhinein Rot-Grün. Ich wüsste nicht, dass die FDP in all den Jahren der rot-grünen Koalition jemals im AGS-Bereich einen Änderungsantrag zum Haushalt gestellt hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit welcher Kompetenz auch!)

Also: Herzlichen Dank nachträglich für Ihre Bestätigung unserer rot-grünen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der letzten Jahre.

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben für alles Anträge gestellt, Herr Henke!)

– Sie haben auch nicht so viele Anträge gestellt. Es gab auch Jahre, wo Sie nach der Romberg'schen Zufriedenheitsdefinition mit dem Haushalt zufrieden waren. Auch die CDU hat uns danach in der Vergangenheit auf breiter Front zugestimmt.

Zu dem Bereich des Haushaltsplans, über den wir jetzt reden: Wir sind mit dem Haushaltsentwurf nicht zufrieden, egal nach welcher Definition. Wir haben eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt und heute in diesem Bereich zumindest vier übrig gelassen, bei denen wir immer noch ein bisschen Hoffnung auf Einsicht haben.

Einige andere Anträge – wie zum Beispiel den Antrag zu den Arbeitslosenzentren, den Antrag zur Aidshilfe in dem Bereich, der jetzt behandelt wird, und Anträge zu anderen Teilbereichen – haben wir nicht erneut gestellt, weil wir die Hoffnung aufgegeben haben, dass Sie doch noch zur Einsicht kommen und ihnen zustimmen.

Wir hatten Änderungsanträge zur Altenpflegeausbildung gestellt, weil wir in dem Bereich nicht zufrieden sind, zu den Regionalstellen, zu dem Thema „Neue Wohnformen im Alter und gemeinschaftliche Wohnprojekte“, weil wir hier eine Stärkung wollen, zu Aids, weil zwar die Summe überrollt ist, es aber bei einer Zunahme der Aidsinfektionen und der HIV-Infizierten nicht ausreicht, auf gleichem Niveau zu fördern. Die Zunahme zeigt vielmehr, dass wir stärker in den Bereich investieren müssen und Prävention auf höherem Niveau stattfinden muss. Wir hatten auch einen Änderungsantrag zum Haushalt im Bereich Psychiatrie gestellt, weil die Diskussionen, gemeinsam im Ausschuss bei der Anhörung geführt, gezeigt haben, dass wir im gemeindenahen Bereich

bei der ambulanten Versorgung stark nachlegen müssen. Das gilt auch für den Maßregelvollzug und für einige andere Punkte.

Anträge zu vier Bereichen haben wir für heute aufrechterhalten:

Einen hatten wir eben, nämlich den zu den haushaltsnahen Dienstleistungen, die beide Bereiche betreffen.

Der zweite Bereich ist der der Krankenhausfinanzierung. Frau Gebhard hat den Punkt eben ausführlich dargestellt, und wir werden zu späterer Stunde, heute Nacht, noch über das Krankenhausgesetz reden können, den Punkt also noch einmal intensiv diskutieren können.

Trotzdem haben wir hier und heute wie im Ausschuss einen haushaltsrelevanten Antrag dazu gestellt, auch über die übrigen Anträge hinaus. Wir glauben nach wie vor, dass mit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung nicht sichergestellt ist, dass wir die Grundversorgung in den Kreisen, im ländlichen Raum flächendeckend aufrechterhalten können.

Wir wollten hierfür zumindest einen Feuerwehrtopf haben, damit wir die Struktur im Sinne der Daseinsvorsorge aufrechterhalten können und damit das Ministerium die Steuerung noch etwas in der Hand hat. Aber wir haben gelernt, dass der Minister bisher nicht bereit ist, politische Steuerung im Gesundheitssektor in der Hand zu halten, sondern dass er sie komplett abgeben will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir finden das fatal; wir würden für Sie gern doch noch ein bisschen politische Einflussnahme gemeinsam mit den anderen Fraktionen beschließen. Daher würden wir uns wünschen, dass uns die CDU- und die FDP-Fraktion folgen würden.

Wir haben außerdem einen Antrag zu dem Bereich der Demenz und insbesondere der Verbesserung der Lebenssituation demenzerkrankter Menschen aufrechterhalten. Wir wissen, dass es eine Reihe von Projektanträgen gibt. Die Summe, die im Haushaltsentwurf steht, reicht für die gestellten Projektanträge nicht aus.

Wir alle wissen spätestens seit der Enquetekommission fraktionsübergreifend, wie hoch die Bedarfe in der Versorgungsstruktur für Menschen mit Demenz sind. Hierzu gibt es eine Reihe von Initiativen, die an den Start wollen. Hierfür fehlen Mittel. Das ist keine gigantisch große Summe.

Deswegen würde ich mir auch hierbei wünschen, dass Sie über Ihren Schatten springen und diese

geringe Aufstockung entweder heute mittragen oder sie von mir aus auch als eigene Änderung zur dritten Lesung einbringen. Sie dürfen auch gern unseren Antrag übernehmen. Wir sind damit nicht eigen, sondern wir sind froh, wenn Sie in der Sache etwas bewegten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir erhalten heute auch den Bereich Drogen und Sucht aufrecht. Dabei haben wir in Nordrhein-Westfalen einige massive Probleme. Dass der Antrag der Koalitionsfraktionen ausgerechnet die Cannabisprävention isoliert herausgreift, bei der alle Ergebnisse im Moment zeigen, dass sowohl der bestehende Konsum als auch der Neukonsum abnehmen, halten wir für falsch. Wir wollen insbesondere in die zielgruppenspezifische Beratung wieder stärker einsteigen.

Herr Minister Laumann, wir haben zu Ihrem Präventionskonzept im Frauenausschuss eine Diskussion und eine Anhörung durchgeführt, wobei Suchtpolitik auch in einem geringen Maße mit angesprochen worden ist. Alle Experten und Expertinnen, egal, ob sie von uns, von der SPD oder von Ihren Regierungsfractionen benannt worden waren, haben Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass wir einen geschlechterdifferenzierten Ansatz brauchen, den es nicht gibt.

Wir werden die von uns gestellte Große Anfrage zur Drogen- und Suchtpolitik noch diskutieren. Die entsprechende Beantwortung ist bei diesen Aspekten mehr als defizitär. Wir haben die Strukturen, anders als Sie zum Teil in der Beantwortung vorzugeben versuchen, nicht. Wir haben keine flächendeckende frauenspezifische Beratung. Wir haben keine frauenspezifische Beratung für die Prävention, wo sie notwendig ist. Wir haben keine frauenspezifische Beratung für eine Suchtbekämpfung, wo sie notwendig ist. Deswegen fordern wir, dass es wieder eine frauenspezifische Beratung gibt.

Wenn Sie mir jetzt wieder erzählen, dass sei toll und das hätten die Kölner doch übernommen, sage ich: Nein, das haben sie nicht! Wir haben in etlichen Fällen immer wieder mit den Beratungsstellen gesprochen. Hierbei gibt es ein Defizit. Sie können gleich wieder versuchen, das schönzureden. Aber auch dadurch wird das Angebot nicht besser!

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden das bei der Beratung zur Großen Anfrage intensiv mit Ihnen diskutieren. Aber heute fordern wir, eine haushaltsrelevante Summe an dieser Stelle einzusetzen.

Ich komme zum vorletzten Punkt. Wenn ich mir den gesamten Haushaltsplan in diesem Bereich anschau, finde ich es schon fatal, dass sich ein roter Faden hindurchzieht. Bei einem schwarzen Minister ist ein roter Faden vielleicht nicht passend; aber das ist ein schlechter roter Faden. Es handelt sich um den Faden, der quer durch den ganzen Etat alle Selbsthilfestrukturen, die Patientenselbsthilfe sowie die Koordinierung und Vernetzung von Selbsthilfe abbaut und abschafft. Dabei geht es weiterhin um die Koordinierung der Patientenberatung, um die Frauengesundheit sowie um die Fachstelle Frauen und Sucht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie tun sich, dem Land und dem Landeshaushalt damit keinen Gefallen. Denn jeder weiß, dass man diese Vernetzung und Koordinierung der Selbsthilfestrukturen nicht mit ehrenamtlichen Kräften leisten kann. Sie führt Synergieeffekte zusammen und steigert die Effektivität der Selbsthilfe. Jeden Euro, den Sie einsparen, kostet das Land eine vielfache Summe dessen; wir hätten dafür die Beratungsleistung der Ehrenamtler.

Letzter Punkt, Herr Minister. Wir haben gerade wieder bei den Ausführungen zur Landesgesundheitskonferenz gemerkt, dass Sie mit den Begriffen Gender und Gender-Mainstreaming nichts anfangen können; das haben wir langsam verstanden. Bei der Anhörung des Frauenausschusses zur Gesundheitsprävention wurde Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass Ihr Präventionskonzept von Anfang bis Ende absolut defizitär ist.

Wir werden mit der neuen Entschließung der Landesgesundheitskonferenz auch wieder eine Anhörung beantragen. Denn Sie haben sich damals hingestellt und gesagt: Och, Frau Steffens, wir sind da weiter; wir müssen nicht überall „Männer und Frauen“ hineinschreiben. Ich hoffe, dass Sie vielleicht durch die nächste Anhörung begreifen, dass Gender-Mainstreaming nicht heißt, „Männer und Frauen“ irgendwo hineinzuschreiben. Es heißt vielmehr, unterschiedliche Angebote in unterschiedlichen Lebenslagen für Männer und für Frauen zu machen, wo es notwendig ist, und unterschiedliche Maßnahmen anzubieten.

Ich hoffe, dass Sie nicht weiterhin dem Gender-Mainstreaming so ignorant gegenüberstehen, wie Sie es bisher tun, sondern dass Sie es vielleicht doch noch einmal an sich heranlassen und versuchen, es zu verinnerlichen, denn es würde die gesamte Landespolitik weiterbringen.

Die Länder, die Gender-Mainstreaming anwenden, sind bei der Gesundheits- und Sozialpolitik immer eine Nase weiter vorn als Nordrhein-West-

falen. Deswegen: Führen Sie uns nicht noch weiter nach hinten zurück! Das haben Sie mit der gesamten Demontage und mit dem Abbau der Vernetzungsstrukturen schon gemacht. Bei der Frauengesundheit sind wir um zehn Jahre zurückgeworfen.

Ich würde mir wünschen, dass das endlich ein Ende hat und wir in Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne gehen können. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Laumann. Bitte schön.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung wird sicherlich auch mit Ihnen gemeinsam daran arbeiten, die Gesundheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich zu verbessern. Die Landesregierung wird die gesundheitliche Prävention daher weiterentwickeln und stärken. Schwerpunkte setzen wir vor allen Dingen bei der Kindergesundheit.

Neben den Mitteln für Sucht-, Drogen- und AIDS-Prävention stellen wir 280.000 € für Präventionsmaßnahmen zur Verfügung. Weiterhin stellen wir erhebliche Mittel für die Versorgungsforschung zur Verfügung. Allein für die wissenschaftliche Begleitung unserer Brustzentren werden es im Jahr 2008 127 Millionen € sein sowie für die Versorgungsforschung 54.000 €. Das Krebsregister wird mit fast 1,3 Millionen € unterstützt.

Mir liegt in diesem Haushalt und in diesem Politikbereich die Weiterentwicklung des Hospizbereichs und der Palliativmedizin in Nordrhein-Westfalen sehr am Herzen. Sie wissen, dass wir diesen Bereich mit fast einer halben Million Euro unterstützen. In den letzten Jahren sind wir erheblich weitergekommen. Wir haben flächendeckend Palliativstationen in unseren Krankenhäusern, die einen guten Einfluss auf die ambulante palliativmedizinische Versorgung haben.

Wir haben mit den Kinderkliniken in Datteln und in Bonn zwei Zentren geschaffen, die für ganz Nordrhein-Westfalen zuständig sind, sodass wir die Kinder, die eine palliativmedizinische Behandlung brauchen, unter Anleitung der ambulanten Strukturen auch erheblich unterstützen können.

Mir macht es große Freude, wie sich die Hospizbewegung in Nordrhein-Westfalen sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich entwi-

ckelt hat. Zur Hospizbewegung gehört aber eine erstklassige palliativmedizinische Versorgung im ganzen Land.

Ich glaube, dass wir uns zumindest in diesem Punkt einig sind: Das ist unsere Antwort auf die Frage nach Sterbebegleitung und nicht etwa das, was mit DIGNITAS aus der Schweiz und anderen auf unser Land überzuschwappen droht.

Ein weiterer Punkt, den ich deutlich ansprechen will, ist die Krankenhauspolitik als Kernstück der Landesgesundheitspolitik. Dazu will ich nur noch einmal in aller Ruhe sagen, dass wir bei der Krankenhausfinanzierung in unserem Land von der Vorgängerregierung – ich kann es gar nicht anders betiteln – einen Scherbenhaufen übernommen haben.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Anscheinend wird völlig vergessen, dass wir im Juni 2005 Bewilligungsbescheide für 620 Millionen € an nordrhein-westfälische Krankenhäuser vorgefunden haben, die teilweise noch der nächste Landtag, der im Mai 2010 gewählt werden wird, finanzieren muss.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kriegen wir hin!)

Das war Ihre Krankenhauspolitik.

(Beifall von CDU und FDP)

Und wir haben erlebt, dass Sie in Nordrhein-Westfalen in der Frage der Weiterentwicklung der Krankenhausstrukturen jahrelang auf der Stelle getreten haben.

(Beifall von der CDU)

Sie haben nahezu einen Häuserkampf geführt: hier mal fünf Betten weg, da mal sechs Betten weg, dort mal zehn Betten mehr. In Wahrheit haben Sie es so weit getrieben, dass Sie Krankenhäuser bis zum heutigen Tag dafür bezahlt haben, dass sie Betten abgeschafft haben, und dass Sie in der Krankenhaushilfe haben Betten bestehen lassen, die schon längst überhaupt keinen Beitrag mehr zum Gesundheitswesen geleistet haben. Das ist ungefähr so wie eine Milchprämie für eine Kuh, die schon längst gestorben ist. Das war Ihre Krankenhauspolitik in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Deswegen haben wir die Krankenhaushilfe in Nordrhein-Westfalen völlig verändert. Für uns

ist das Bett nicht mehr die Grundlage der Krankenhausförderung. Die Anzahl und die Schwere der Fälle wird zukünftig darüber entscheiden, wie viel Geld ein Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt bekommt. Das ist ein objektives Kriterium, das in der gesamten Fachwelt der Krankenhauspolitik in Nordrhein-Westfalen nun wirklich als zukunftsweisend angesehen wird. Das wissen Sie auch.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kuschke?

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, gerne.

Wolfram Kuschke (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Minister, ich weiß zwar nicht, wie Sie diese Ziele, die Sie gerade genannt haben, beim Rückzug aus der staatlichen Rahmenplanung erreichen wollen. Ich habe aber eine andere Frage. Wären Sie bereit, diesem Hohen Haus eine Liste der Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen, die Sie gerade mit denjenigen gemeint haben, die immer noch gefördert werden

(Edgar Moron [SPD]: Die keine Patienten mehr haben!)

und die nach Ihrer Auffassung keinen Beitrag zum Gesundheitssystem in Nordrhein-Westfalen leisten?

(Edgar Moron [SPD]: Da gibt es keine Beispiele! Das ist nur Fantasie, was er da sagt! – Beifall von der SPD)

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Kuschke, ich habe gesagt, dass Sie ein Element in der Krankenhausförderung eingeführt haben, aufgrund dessen Sie den Krankenhäusern über die pauschalen Zuweisungen noch jahrelang weiter Betten bezahlt haben, die Sie bei den Krankenhäusern wegverhandelt hatten.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Ich habe gesagt: Betten, die nicht mehr da sind, leisten keinen Beitrag zur Krankenhausversorgung, und dabei bleibe ich.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Dann lesen Sie noch mal Ihren eigenen Wortbeitrag nach!)

Ich will Ihnen einen weiteren Punkt nennen. Wissen Sie, was zurzeit das Schwierigste an der

Krankenhauspolitik in Nordrhein-Westfalen ist? In Nordrhein-Westfalen haben wir einen Basisfallwert für unsere Krankenhäuser, der zusammen mit dem von Schleswig-Holstein der niedrigste in ganz Deutschland ist. Ein Krankenhaus in Rheinland-Pfalz kriegt ungefähr 20 % mehr Geld von den Krankenkassen für die gleiche medizinische Leistung als ein Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen.

(Heike Gebhard [SPD]: Aber das hat doch nichts mit Investitionen zu tun!)

Immer, wenn wir diese Fragen angesprochen haben, sagen mir die anderen Minister: Das liegt daran, dass bei Ihnen in Nordrhein-Westfalen Ihre Krankenhausstruktur nicht in Ordnung ist. – Wir bringen jetzt die Krankenhausstruktur in Ordnung. Am Ende dieses Weges muss ein bundeseinheitlicher Basisfallwert für alle Krankenhäuser in Deutschland stehen. Es ist nicht einzusehen, dass ein nordrhein-westfälisches Krankenhaus 20 % billiger arbeiten muss als ein Krankenhaus in Rheinland-Pfalz. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik gegen unsere Krankenhäuser gewesen!

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Ich möchte noch einen nächsten Punkt ansprechen, nämlich Ihre Einzelfallförderung.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

In den letzten drei bis vier Jahren, in denen Sie regiert haben, haben Sie mehr Bewilligungsbescheide ausgestellt, als Sie Barmittel hatten. Das ist wahr, denn sonst hätten die 620 Millionen € nicht entstehen können.

(Beifall von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Ich hatte Ihnen doch im Ausschuss vorgerechnet, dass Sie das in anderen Kapiteln auch machen!)

Wir waren mit dieser Form der Krankenhausförderung im Grunde am Ende. Unsere Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen brauchen vor allem in der Zukunft die Möglichkeit, sich umstrukturieren zu können, damit sie wirtschaftlicher arbeiten können.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Möglichkeiten, die wir heute Abend mit der Verabschiedung des Krankenhausgesetzes Nordrhein-Westfalen eröffnen, unsere Krankenhäuser überhaupt erst in die Lage versetzen, die notwendigen Investitionen vorzunehmen, um wirtschaftlicher arbeiten zu können: die Möglichkeit, dass die Krankenhäuser die Pauschale, die sie bekommen, mit der Pauschale für kurzfristige Versorgungsgüter koppeln

können, dass sie die Pauschalen im Verbund gegenseitig ergänzen können, dass sie diese Pauschalen aber auch dafür nutzen können, Investitionen vorzuziehen, um daraus Zins- und Tilgungsleistungen zu finanzieren.

Deswegen ist die Politik richtig. Sie sorgt vor allem dafür, dass die Verantwortlichen in den Krankenhäusern über die Schwerpunkte entscheiden, in die sie investieren wollen, und nicht etwa eine Ministerialbürokratie oder eine Bürokratie in den Regierungsbezirken, wie das bislang der Fall war. Von daher kann auch diese Politik nicht falsch sein.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen der SPD in der Debatte immer wieder angeschnitten haben, wir müssten in den Sozialbereich mehr Geld einstellen, weil wir ja auch mehr Steuereinnahmen haben, kann ich sie nur auf unsere Lage verweisen. Unsere Lage ist doch so, dass wir, wenn das Land Nordrhein-Westfalen 100 Millionen € Steuern einnimmt, rund 50 % davon für das Personal, weitere rund 10 % für die Pensionen sowie 10 % der Gesamteinnahmen für die Zinsen der Vergangenheit verbrauchen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wussten Sie alles im Wahlkampf 2005, als Sie den Menschen etwas anderes erzählt haben!)

Das heißt, wenn dieses Land 100 € einnimmt, sind schon 70 € weg für das, was Sie zu verantworten haben. Und wir haben nur noch 30 € zur Verfügung, um Politik für die Zukunft zu gestalten. Das ist doch die Wahrheit in diesem Land.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Warum haben Sie den Menschen im Wahlkampf etwas anderes erzählt? Warum haben Sie die Menschen im Wahlkampf angelogen?)

Und dann halte ich es schon für eine Unverfrorenheit, sich hierhin zu stellen

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es ist eine Unverfrorenheit, dass Sie die Menschen angelogen haben und etwas anderes erzählt haben!)

und bei jedem Einzelplan zu sagen, dass die Steuermehreinnahmen wieder sofort ausgegeben werden sollen. Wir brauchen sie dringend, um das Land zu konsolidieren, damit wir auch in fünf, zehn und 15 Jahren in diesem Land noch Krankenhäuser unterhalten können

(Beifall von CDU und FDP)

und damit nicht alles in sich zusammenbricht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat denn Redner eingestellt, wo früher keine waren! Schauen Sie in die Staatskanzlei!)

Deswegen heißt die Sozial- und Krankenhauspolitik, die wir in Nordrhein-Westfalen machen, konsolidieren, aber auch gleichzeitig in zukünftige Strukturen finanzieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sagen „Hui!“ und machen „Pfui!“!)

Diese Krankenhauspolitik wird sich durchsetzen. Sie wird sich auch in anderen Ländern in Deutschland – da bin ich ganz sicher –, durchsetzen und Nachahmer finden, weil es sich um eine moderne Krankenhauspolitik handelt und nicht um etwas, was Sie gerne wollen,

(Beifall von der CDU)

dass man nämlich in einer Ministerialbürokratie über jede Tür in einem Krankenhaus entscheidet. Das war teilweise Ihre Politik in der Vergangenheit.

(Beifall von CDU und FDP – Edgar Moron [SPD]: Seit wann ist denn ein Bezirksplanungsrat eine Bürokratie? Das ist doch Blödsinn!)

Wir haben in diesem Haushalt darüber hinaus sichergestellt, dass wir erheblich in die Altenpflegeausbildung investieren. Wir stellen in diesem Haushalt rund 1,1 Millionen € mehr für diesen wichtigen Bereich zur Verfügung, um insbesondere über die Altenpflegehilfe auch Hauptschülerinnen und Hauptschülern den Zugang zu diesem interessanten Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Deswegen haben wir auch zurzeit in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stand an Ausbildung in den Bereichen der Altenpflegeberufe.

Ich finde, darüber sollte man sich einmal freuen, weil wir damit Menschen, denen es bislang nicht möglich war, in den Bereich der Pflege einzusteigen, gerade dieses ermöglichen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Veldhues?

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Frau Kollegin.

Elisabeth Veldhues (SPD): Herr Minister, nach der Darstellung Ihrer mathematischen Formel, wie

wir mit Steuermehreinnahmen umgehen müssen, drängt sich sofort der Schluss auf, dass wir auf diese Mehreinnahmen besser verzichten sollten. Sie haben nämlich gesagt, wir müssten von Steuermehreinnahmen 70 % abführen. Das wäre ja in höchstem Maße unsinnig. Diese mathematische Formel ist mir leider nicht aufgegangen.

(Heiterkeit von Rainer Schmeltzer [SPD])

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Veldhues, wenn man eine klare Aussprache, die ich pflege, so versteht wie Sie, dann verstehe ich auch, warum Sie so viel Schulden gemacht haben.

(Beifall und Heiterkeit von CDU und FDP)

Ich habe gesagt, dass von 100 Millionen €, die wir einnehmen – noch einmal zum Mitschreiben! –

(Elisabeth Veldhues [SPD]: Mehreinnahmen!)

rund 50 % für Personal brauchen, 10 % für Pensionen, 10 % für die Schulden, und dann haben Sie noch etwa 30 %, womit Sie Politik gestalten können. Deshalb müssen die Steuermehreinnahmen dafür verwendet werden, um die Schuldenlast herunterzudrücken,

(Zuruf von der SPD: Es geht nur um die Mehreinnahmen!)

damit wir überhaupt Gestaltungsspielräume behalten. Das ist doch relativ einfach.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist Ihr kleines Einmaleins!)

Zum Schluss möchte ich Ihnen eines sagen: Ich werde das Investitionsprogramm 2007, das mir von den Bezirksregierungen vorgelegt worden ist, sehr gut weglegen. Ich bin einmal sehr gespannt, welche Projekte davon die Krankenhäuser mit ihrer Baupauschale, die sie selber verantworten müssen und mit der die Kosten nicht wie in einem Paternoster nach oben gefahren werden können, verwirklichen oder ob sie nicht ganz andere Schwerpunkte in ihren Krankenhäusern setzen, als es im Investitionsprogramm steht.

Darüber werde ich dann in vier, fünf Jahren berichten; denn Sie wissen,

(Zuruf von der SPD: Dann sind Sie nicht mehr dran, Herr Minister!)

in Nordrhein-Westfalen wechseln die Regierungen selten, und ich bin noch lange hier. – Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 42 Sekunden überzogen.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh, oh!)

Es gibt daraufhin auch den Wunsch einer Fraktion, obwohl die ursprünglich vorgesehene Redezeit bereits abgelaufen ist, noch einmal das Wort zu ergreifen. Deshalb erteile ich der Kollegin Steffens für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP)

Ich weise, auch wenn die Uhr noch eine Minute anzeigt, darauf hin, dass es weniger ist.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Nur zwei Sätze! – Herr Minister Laumann, wenn Sie so von der Änderung Ihrer Krankenhauspolitik überzeugt sind, warum haben Sie sich dann nicht darauf eingelassen, das Gutachten in Auftrag zu geben, das alle, die Kritik an Ihrem Gesetzentwurf geübt haben, gefordert haben. Damit könnten Sie sich hier auf die sichere Seite stellen.

Der zweite Punkt: Das Beispiel mit der Milch und der Kuh war sehr überzeugend. Wollen Sie nicht vielleicht den Landwirtschaftsbereich und die Bauern übernehmen, weil das sozusagen in der Zuständigkeit wäre, was bei dem Beispiel eine gute Fürsorge Ihrerseits haben könnte? Das wäre doch treffend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Geben Sie das Gutachten in Auftrag, damit wir wenigstens die Auswirkungen noch kurzfristig reparieren können und damit die Probleme, die auftauchen, nicht zulasten der Krankenhäuser in diesem Land gehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir die Beratung der Teilbereiche „Arbeit und berufliche Weiterbildung“ und „Gesundheit und Soziales“ zum Einzelplan 11 abgeschlossen haben.

Wir kommen dann zu den **Abstimmungen** über die Änderungsanträge zum **Einzelplan 11** entsprechend der Übersicht, laufende Nummern 30 bis 33 der Tischvorlage.

Zunächst rufe ich laufende Nummer 30, **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5678**, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Kollegen Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe auf **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 31 **Drucksache 14/5679**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Kollegen Sagel bei Enthaltung der Fraktion der SPD mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe auf **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 32 **Drucksache 14/5680**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Kollegen Sagel bei Enthaltung der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe schließlich auf den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 33 **Drucksache 14/5681**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Kollegen Sagel bei Enthaltung der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 11** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5511**. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP bei Ablehnung der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und auch bei Ablehnung des fraktionslosen Kollegen Sagel so **angenommen**.

Ich rufe den Einzelplan 02 auf:

Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich eröffne die Beratung, weise auch hier auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 14/5502 hin und erlaube mir wie alle meine Vorpräsidenten darauf hinzuweisen, dass diejenigen, die den Saal verlassen wollen, dies bitte leise tun. Ferner weise ich auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, Ihnen vorgelegt als Tischvorlage mit den laufenden Nummern 34 bis 42.

Ich eröffne die Beratung zum **Teilbereich „Staatskanzlei und Europaangelegenheiten“** und erteile für die Fraktion der SPD zunächst dem Kollegen Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In fünf Minuten sind nur wenige Anmerkungen möglich; vier will ich machen.

Erste Anmerkung: Das, was wir im Einzelplan 02 an Haushaltsansätzen erlebt haben, wie sie ordentlich eingebracht worden sind und was dann über die Ergänzungsvorlage kam, ist ein enorm unheimlicher Vorgang. Anders kann man das nicht charakterisieren.

Steigerung von über 1.000 % für wissenschaftliche Beratung, die Errichtung eines Zukunftsrates, Veranstaltungen, und das alles durch die Hintertür einer Ergänzungsvorlage. Da können wir nur sagen: Wir haben ein schlechtes Beispiel im Hohen Hause unter der Überschrift „Kinderforum“ diskutiert, was Förderung von Veranstaltungen der Landesregierung anbelangt. Wir wollen nicht, dass mit dem Haushaltsentwurf anderen Beispielen Tür und Tor geöffnet wird.

Auch wenn ein Wettbewerb zulässig ist, Herr Minister Krautscheid, bei der Frage, wer am längsten gebraucht hat, einen Regierungssprecher zu installieren – ich weiß, dass wir im Augenblick noch knapp vorne liegen –, ist es so, wie die „Neue Rhein/Ruhr-Zeitung“ heute titelte: „Die Landesregierung ist nicht auf Sendung.“ Sie ist nicht sprachfähig. Wir sagen auch in staatlicher Verantwortung als Opposition: Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Zweite Anmerkung: Der Stabwechsel im Amt des Europaministers ist vor Kurzem erst erfolgt. Ich will an der Stelle noch einmal deutlich dem früheren Minister, unserem früheren Kollegen Breuer, für die faire Zusammenarbeit danken. Er hat eine ganze Reihe von europapolitischen Ansätzen – auch aus unserer Zeit – übernommen und fortgesetzt, also zu einem großen Teil gute Arbeit geleistet. Er hätte noch mehr europapolitische Arbeit leisten können, wenn er nicht so oft als Feuer-